

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Pazifische Sprachenvielfalt bleibt erhalten

Die „United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization“ (UNESCO) hat Mitte Februar in Paris nach 1996 und 2001 die dritte Ausgabe des „Welt-Atlas der bedrohten Sprachen“ herausgegeben. Der Atlas ist erstmals auch als digitale Version auf der UNESCO-Homepage verfügbar und wird dort regelmäßig aktualisiert. Er enthält Informationen zu mehr als 2.500 gefährdeten Sprachen weltweit. Der Atlas erklärt ferner, warum bestimmte Sprachen oder Dialekte nach und nach verschwinden, welche Gebiete der Erde besonders betroffen sind und was getan werden muss, um die sprachlichen Eigenarten zu erhalten.

Nach Einschätzung der UNESCO ist mehr als die Hälfte der weltweit circa 6.700 Sprachen vom Aussterben bedroht. 200 Sprachen sind während der letzten drei Generationen ausgestorben, etwa 1.700 Sprachen sind ernsthaft gefährdet, über 600 Sprachen werden kaum noch gepflegt. 199 Sprachen werden von weniger als zehn Menschen gesprochen, weitere 178 Sprachen von 10 bis 50 Menschen.

Die Hälfte aller Sprachen sind Minderheiten- und Regionalsprachen, die von weniger als 10.000 Menschen gesprochen werden. Besonders gefährdet sind die Sprachen kleiner ethnischer Gruppen in Lateinamerika und in der asiatisch-pazifischen Region.

Während 108 australische Sprachen vom Aussterben bedroht sind, sieht die Situation im übrigen Pazifik etwas besser aus. So sind von den rund 870 Sprachen Papua-Neuguineas nur 98 Sprachen akut gefährdet. In Neukaledonien ist eine als ausgestorben geltende Sprache, das Sishëë, sogar wieder auf dem Weg, zu einer lebenden

Sprache zu werden. Auch das neuseeländische Maori hat dank der sprachpolitischen Initiativen der neuseeländischen Regierung eine Aufwertung erfahren, es wird heute wieder von ca. 157.000 Menschen gesprochen.

In ganz Ozeanien werden etwa 2.000 Sprachen gesprochen, davon allein 870 in Papua-Neuguinea und 350 in Westpapua (dem indonesisch besetzten Teil der Insel Neuguinea).

In Deutschland sind übrigens 13 Sprachen vom Aussterben bedroht, darunter die Minderheiten- und Regionalsprachen Nord- und Saterfriesisch, Sorbisch und Romani, aber auch das Bairisch und das Kölsch. (*Flash d'Océanie* 23.02.09, Email Gunter Senft 20.04.09, <http://www.unesco.org/culture/ich/index.php?pg=00206>, http://www.unesco.de/uho_0309_sprachatlats.html?&L=0)

Rasanten Wachstum der Weltbevölkerung

Trotz sinkender Kinderzahlen pro Frau wird die Weltbevölkerung nach neuesten Hochrechnungen der Vereinten Nationen (UN) bis zum Jahr 2050 um voraussichtlich 2,3 Milliarden Menschen wachsen. Nach der mittleren Variante der UN werden bis zur Mitte des Jahrhunderts 9,1 Milliarden Menschen auf der Erde leben – heute sind es knapp 6,8 Milliarden. So lauten die Ergebnisse der aktuellen Revision der Bevölkerungsprojektionen der UN-Bevölkerungsabteilung, die die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) vorstellte.

Das Bevölkerungswachstum der Zukunft findet fast ausschließlich in den Entwicklungsländern statt. Dort wird die Bevölkerung in den kommenden vier Jahrzehnten von heute 5,6 Milliarden auf knapp 7,9 Milliarden Menschen in 2050 wachsen. In den Industrieländern hingegen bleibt die Bevölkerungsgröße relativ stabil. Hier kommen bis 2050 lediglich rund 50 Millionen Menschen hinzu. Die

Bevölkerung dieser Ländergruppe umfasst dann 1,28 Milliarden Menschen. Die Bevölkerung in den ärmsten Ländern der Welt verdoppelt sich. Obwohl die Zahl der Aids-Patienten, die eine anti-retrovirale Therapie erhalten, deutlich gestiegen ist, wirkt sich die Immunschwächekrankheit immer noch stark auf die Lebenserwartung in vielen Entwicklungsländern aus.

Ein weiterer Trend, der aus den neuen Zahlen der UN hervorgeht, ist die deutliche Alterung der Weltbevölkerung in den kommenden vier Jahrzehnten. Weltweit wird sich die Anzahl von Personen im Alter von über 60 Jahren bis 2050 fast verdreifachen: von 739 Millionen auf zwei Milliarden Menschen. In den Industrieländern steigt der Anteil der über 60-Jährigen so schnell wie nie zuvor. Im Jahr 2050 wird voraussichtlich ein Drittel der Bevölkerung in diesen Ländern älter als 60 Jahre sein.

Migration spielt für die Bevölkerungsentwicklung in den Industrieländern eine entscheidende Rolle. Viele wohlhabende Länder können schon heute aufgrund niedriger Geburtenraten einen Bevölkerungsrückgang nur durch die Aufnahme von Migranten verhindern. Auch Deutschland gehört mit jährlich 110.000 Einwanderern zu dieser Gruppe. Die Highlights der aktuellen UN-Bevölkerungsprojektionen finden sich unter

http://www.weltbevoelkerung.de/pdf/Fakten_Highlights.pdf.

(Karsten Weitzenegger, AGEConsultants April 2009)

Observatorium gegründet

Im Rahmen ihres 11. Wissenschaftskongresses haben sich Anfang März in Papeete (Französisch-Polynesien) elf Forschungseinrichtungen und Universitäten zur Gründung des „Grand Observatoire de l'environnement et de la biodiversité terrestre et marine du Pacifique Sud“ (GOPS, Observatorium zur Erforschung der Umwelt und

der terrestrischen und marinen Biodiversität) zusammengefasst. Das Observatorium hat seinen Sitz an der „Université de la Polynésie française“ in Papeete. Es soll die Langzeitfolgen von menschlichen Einflüssen auf die Ökosysteme im pazifischen Raum ebenso untersuchen wie die Auswirkungen des Klimawandels auf die Biodiversität.

Zu den elf Trägern des neuen Observatoriums zählen u. a. die Universität des Süd-Pazifiks (USP), die Universitäten von Papua-Neuguinea und Neukaledonien sowie diverse Einrichtungen in Frankreich wie etwa das Naturhistorische Museum in Paris sowie die Universität von Perpignan. (Tahitipresse 04.03.09, http://www.actu-environnement.com/ae/news/pacifique_sud_grand_observatoire_environnement_biodiversite_6975.php 4)

GTZ unterstützt Anpassung an Klimawandel

Vom 5. bis zum 11. Februar fand in Suva (Fidschi) ein Workshop zum Thema „Adaptation to Climate Change in the Pacific Island Region“ statt mit Vertretern aus Ministerien, Nichtregierungsorganisationen, Landwirtschaft und Wissenschaft aus Vanuatu, Fidschi und Tonga. Organisiert hatte den mehrtägigen Workshop die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) gemeinsam mit ihrem lokalen pazifischen Partner, der Abteilung „Land Resources Division“ des „Secretariat of the Pacific Community“ (SPC).

Der Titel des Workshops ist zugleich der Name eines neuen Programms, das das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) von 2009 bis 2012 in den drei oben genannten Ländern finanziert. Die Bundesregierung hat für das auf vier Jahre angelegte Programm insgesamt 4,2 Millionen Euro bewilligt. Diese Summe gehört zu der eine Milliarde Euro, mit der Deutschland im Jahr 2008 welt-

weit Projekte zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels unterstützte. Auf regionaler pazifischer Ebene ist das Projekt Bestandteil des „Pacific Island Framework for Action on Climate Change 2006-2015“ (PIFACC). Bereits 2005 hatten sich die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des „Pacific Islands Forum“ zu diesem Programm entschlossen und das „South Pacific Regional Environment Programme“ (SPREP) mit der Erstellung eines Handlungsplans für den genannten Zeitraum beauftragt.

Das von der GTZ und der SPC durchgeführte Programm „Adaptation to Climate Change in the Pacific Island Region“ soll Akteure in Fidschi, Vanuatu und Tonga dabei unterstützen, Kapazitäten und Kompetenzen aufzubauen („capacity building“) und konkrete Erfahrungen bei der Anpassung an den Klimawandel zu machen. Es geht vor allem darum, nationale Anpassungsstrategien an den Klimawandel zu entwickeln. Auch sollen Projekte zur Abschwächung („mitigation“) der Auswirkungen des Klimawandels unterstützt werden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den jeweiligen länderspezifischen Land- und Forstnutzungsprojekten. Deshalb ist die entsprechende Abteilung „Land Resources Division“ auch Projektpartner der GTZ.

Die SPC und die GTZ haben nach dem Start des Projektes im Februar in Fidschi, in Tonga und Vanuatu weitere entsprechende Workshops durchgeführt. So fand Ende März ein dreitägiger Workshop zum Klimawandel-Anpassungsprogramm im „Melanesian Hotel“ in Port Vila (Vanuatu) statt. Geleitet wurde dieser Workshop von dem deutschen GTZ-Berater Dr. Hermann Fickinger.

Verwaltungssitz des SPC/GTZ-Projektes ist die Abteilung für „Land Resources“ im Büro der SPC in Suva (Fidschi). Die SPC ist seit über 20 Jahren Partner des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Info: Das „Secretariat of the Paci-

fic Community“ ist eine der größten und wichtigsten Regionalorganisationen im Pazifik. Sie hat als Hauptmandat, Regierungen und die Zivilgesellschaft in ihren 22 pazifischen Mitgliedsstaaten Beratungsdienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Schwerpunkte der Beratertätigkeit sind die Land- und Forstwirtschaft, die Landnutzungsplanung, Gesundheit, Fischereiwesen, Bildung und Erziehung sowie Soziales. (Email Dr. Hermann Fickinger von der GTZ vom 11.05.09, Pressemitteilung der GTZ, <http://www.sprep.org/>, <http://www.spc.int/>, Vanuatu Daily Post 29.03.09)

Kooperation zwischen ADB und PIFS

Bei einem Treffen hochrangiger Vertreter der Asian Development Bank (ADB) und des Pacific Islands Forum Secretariat (PIFS) am 9. März im ADB-Büro in Manila (Philippinen) vereinbarten beide Organisationen den Abschluss eines „Memorandum of Understanding“ (MOU). Ziel der Vereinbarung ist die Unterstützung nachhaltigen Wirtschaftswachstums im Pazifik sowie die Unterstützung der regionalen Kooperation im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialabkommens „Pacific Plan“. Gerade in der Zeit der weltweiten Wirtschaftskrise sei es wichtig, die bisherige gute Zusammenarbeit mit der asiatischen Entwicklungshilfebank bestätigt zu sehen und auch zukünftig auf die (finanzielle) Unterstützung der ADB zählen zu können, betonte der Generalsekretär des Inselforums, Tuiloma Neroni Slade. (<http://www.forumsec.org/>, Presseerklärung Forum Secretariat 12.03.09)

Über 50 neue Tierarten entdeckt

Auf der Insel Neuguinea sind über 50 neue Tierarten entdeckt worden. Das gab die amerikanische Umweltorganisation „Conservation International“ Mitte März bekannt. Mitglieder der Organisation hatten im Juli und August 2008 zusammen mit Wissenschaftlern aus Kanada, den

USA und Papua-Neuguinea eine mehrwöchige Expedition in eine entlegene Bergregion im Hochland von Papua-Neuguinea unternommen. Sie brachten mehr als 600 Spezies aus dem Gebiet des Hewa-Stammes mit. Bei der Überprüfung der Tiere in den vergangenen Monaten stellten die Wissenschaftler fest, dass davon 50 Spinnenarten, drei Frösche, zwei Pflanzen und ein Gecko noch nie zuvor in der wissenschaftlichen Literatur beschrieben worden waren. So entdeckten die Forscher einen leuchtend grünen Baumfrosch, eine glänzende blaugrüne springende Spinne und ein gestreiftes Gecko.

Der Zoologe Craig Franklin von der „University of Queensland“ hält vor allem die Frosch-Funde für bedeutsam. Frösche seien ein „Bio-Indikator“ für den Zustand der Umwelt, erklärte der Experte. Ein Rückgang der Frösche weise meist direkt auf eine Schädigung der Umwelt hin.

„Conservation International“ plant für dieses Jahr noch drei weitere Expeditionen nach Papua-Neuguinea. (*Focus online* 25.03.09, Pressemitteilung auf <http://www.conservation.org> 25.03.09)

Klimawandel zwingt Inselstaaten zur Umsiedlung

Die Oberhäupter der Kirchen von 16 pazifischen Inselstaaten haben sich angesichts der dramatischen Folgen der Erderwärmung im Pazifik in einem eindringlichen Appell an die Regierungen der Region und der Industrieländer gewandt. Sie fordern die Verantwortlichen auf, sich der Herausforderung der Umsiedlung zu stellen. Das evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“ unterstützt das Anliegen der Kirchen. In ihrer Abschlusserklärung vom Freitag, 24. April, fordert die auf Fidschi tagende Pazifische Kirchenkonferenz (Pacific Conference of Churches) Anpassungs- und Umsiedlungspolitiken für die besonders hart vom Klimawandel betroffene Region.

Durch den Meeresspiegelanstieg infolge des Klimawandels sind mit Tuvalu und Kiribati zwei Staaten akut vom Untergang bedroht. In Kiribati musste bereits knapp die Hälfte der Bevölkerung auf größere Inseln umgesiedelt werden. Aber auch in vielen anderen Staaten werden immer mehr Menschen zu Klimaflüchtlingen. *„Ozeanien steht vor der historischen Herausforderung, dass mit vielen Inseln auch deren Kultur untergeht. Hierauf braucht es eine solidarische pazifische Antwort, die Politik und Kirche gleichermaßen fordert. Ganz besonders stehen die Industrieländer in der Verantwortung, denn deren Emissionen verursachen unseren Untergang“*, sagte Fei Tevi, Generalsekretär des Pazifischen Kirchenrates.

„Das Thema Klimaflüchtlinge darf bei den laufenden internationalen Verhandlungen für ein neues Weltklimaabkommen nicht länger ein Tabu bleiben. Schon heute sind allein im Pazifik Zehntausende betroffen, die ein Recht auf Entschädigung haben“, betonte Thomas Hirsch, der Klimaexperte von „Brot für die Welt“, der sich zurzeit im Südpazifik aufhält. *„Wir werden die Bundesregierung auffordern, die Umsiedlung im Pazifik zu unterstützen und sich für die rechtliche Anerkennung von Klimaflüchtlingen einzusetzen“*, fügte Hirsch hinzu.

Die Pazifische Kirchenkonferenz fordert in ihrer „Moana-Deklaration“ außerdem die Ergänzung der UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel (UNFCCC) um ein eigenes Protokoll, das die Anerkennung und Entschädigung von Klimaflüchtlingen regelt. „Moana“ steht für die unauflösliche und zutiefst spirituelle Einheit von Mensch und Meer in Ozeanien.

„Weil die Menschen nicht darauf warten können, bis die internationale Politik endlich handelt, werden wir noch in diesem Jahr gemeinsam mit den Kirchen auf besonders betroffenen Inseln mit Anpassungsprojekten beginnen“, sagte Frank Ecke vom Pazifikbü-

ro der evangelischen Hilfswerke „Brot für die Welt“ und Evangelischer Entwicklungsdienst in Madang (Papua-Neuguinea). (*Rainer Lang, Brot für die Welt* 24.04.09)

Die „Moana Declaration“ der Pazifischen Kirchenkonferenz

On the occasion of the Church Leaders Meeting on Resettlement as a direct consequence of climate change, Pacific Church Leaders issue the following statement on climate change and the imminent threat of forced relocation and displacement faced by Pacific peoples.

Mindful of the impacts on food and water security; our way of life; our culture; our community; our overall health and well being; the ecological systems on which we depend; other creatures with whom we share Gods creation;

Led by our faith traditions and the life of Jesus Christ, we stand on behalf of the poor, those who have little power and with those throughout history who have acted for justice,

We the Church Leaders from Pacific Island Countries (PICs) present at this meeting call upon the Pacific Islands Forum (PIF), affected states and the international community of states to:

1. **Ensure** that all persons and communities affected by climate induced catastrophes in the Pacific as well as other affected world regions, in particular those who are forced to flee their homes and lands, are afforded the respect and protection of the full spectrum of rights enshrined within the Universal Declaration on Human Rights and subsequent human rights treaties;

2. **Develop** local, national, sub-regional, regional and international plans to ensure respect for and protection of the rights of forced climate migrants;

3. **Develop** the framework for a new Convention or Protocol on Resettlement to cater for the specific and unique situation of persons, communities and states affected by climatic induced catastrophes.

4. **Undertake** immediate measures to identify available land and other appropriate resources for the purposes of relocating and resettling all forced climate migrants, both those displaced internally as well as those likely to seek resettlement in other countries;

5. **Carry out** intensive public consultations with Pacific communities affected and will be affected by rising sea levels or other consequences of climate change, with a view to developing viable and practical plans to protect the rights of forced climate migrants, in particular their housing, land and property and related rights;

6. **Develop** in a proactive way, in full partnership, cooperation and consultation with vulnerable people and communities affected by climate, policies, strategies and practical programmes that mitigate the worst effects and consequences of climate change on affected populations, and enable and empower such populations to adapt to changing environmental factors;

7. **Devote**, where mitigation and adaptation responses are likely to be insufficient per se, adequate resources, in particular financial resources, to practical measures designed to assist forced climate migrants to relocate and resettle in a manner consistent with their rights and in ways that secure for them an adequate standard of living and sustainable livelihoods;

8. **Explore** creative and innovative methods of identifying long-term relocation and resettlement options for forced climate migrants, consistent with their housing, land, property and related rights, whilst preserving their dignity as human beings;

9. **Develop** and support projects that demonstrate an alternative economic model reflecting faith based values of: justice, equity, and sustainability – in challenge to the values inherent in the neo-liberal economic model dominant in the world today;

10. **Ensure** the rights of other populations affected by the forced displacement of climate change migrants, such as host or receiving communities in areas where climate change migrants are settled, are fully and adequately protected;

11. **Call** on the peoples of the Pacific and the international community of states, to act toward exhausting all avenues available toward the realization of the critical issues in this Moana Declaration;

12: **Reaffirm** the prophetic role of the church and its responsibility to recognize and speak out against the injustices wrought on by climate change and call on all persons, communities and states to act now.

(Pressemeldung der PCC, 24 April 2009, Nadi, Fiji)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Mindestlohn erhöht

Die „Kommission für Arbeitsentgelt“ (PNG Minimum Wage Board) hat nach 16 Jahren den Mindestlohn für ungelernete Arbeiter und Hilfskräfte angehoben. Statt 1,15 Kina pro Stunde sollen die Arbeiter nun 2,29 Kina (ca. 63 Cent) stündlich erhalten. Allerdings erfolgt die Lohnerhöhung schrittweise im Verlauf von 40 Wochen. Die Löhne für Geringverdiener steigen von bislang 74,40 Kina pro 14 Tagen auf dann 201,52 Kina. In Papua-Neuguinea werden Gehälter 14-tägig ausgezahlt.

Die Lohnkommission sagte, die

Erhöhung des Mindestlohns stelle eine große Erleichterung für Hilfskräfte dar, da sich vor allem die Lebensmittelpreise stark erhöht hätten. Kostete im Jahr 1993 ein Kilo Trukai Reis (eines der Hauptnahrungsmittel) noch 68 Toea, so kostet das Kilo heute bereits 5 Kina.

Neben der Erhöhung des Mindestlohns definierte die Kommission auch den Begriff „Hilfsarbeiter“ neu. Darunter fallen nun alle Personen ab 16 Jahren, die keine formale Ausbildung genossen haben und die in einem Betrieb angestellt werden. *(Islands Business, March 2009, Seite 34)*

Insektenfarm überraschend geschlossen

Die bereits 1978 gegründete „Insect Farming and Trading Agency“ (IFTA) in Bulolo (Morobe Provinz) ist im März überraschend geschlossen worden, fünf Mitarbeitende wurden fristlos entlassen. Das neuguineaweit einzige Institut zur Forschung, Aufzucht, Sammlung und Vertrieb vor allem von Schmetterlingen hatte seine Tätigkeit bereits im November 2008 in die Regenwald-Abteilung an der „University of Technology“ in Lae verlegt. Darüber waren aber weder die Presse noch die Insektenzüchter informiert worden. Schmetterlingszüchter und –sammler standen vor verschlossenen Türen, als sie ihre Exemplare bei der IFTA abgeben wollten. Diese hatte in den vergangenen Jahren über 7.000 Schmetterlinge gesammelt und zu Forschungszwecken konserviert bzw. weltweit weiterverkauft. *(The National 23.03.09, 30.03.09, <http://www.geog.cam.ac.uk/research/project/s/insectfarming/OryxArticle.pdf>)*

100 Tote bei Malaria-Epidemie ?

Nach unbestätigten Meldungen sollen rund 100 Menschen in der Gegend um Poroma (Provinz Südliches Hochland) durch *Malaria tropica* ums Leben gekommen

sein. Bereits seit Dezember letzten Jahres versuchen die Gesundheitsbehörden, die Moskito-„Flut“ in den Griff zu bekommen. 40 Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde sind in der Gegend zu Fuß unterwegs, um die Menschen mit Medikamenten zu versorgen, Moskitonetze zu verteilen und aus der Luft Insektenvernichtungsmittel auf die Dörfer und Weiler zu sprühen. Der Gesundheitsberater für das Südliche Hochland, Thomas Anda, erklärte, die Regierung habe 20.000 Kina zur Bekämpfung der Malaria-Epidemie zur Verfügung gestellt. Zuletzt war es 2004 in Imbonggu und Poroma zu einer derart schlimmen Epidemie gekommen. (*Post-Courier* 02.04.09, <http://www.reise-report.de/papua-neuguinea-crm.html>)

Probleme in Porgera

Anfang März schnitt ein Bergbruch die Goldmine in Porgera von der Umwelt ab und lenkte den Lai-Fluß um, so dass ein Dorf nahe Wabag in der Enga-Provinz komplett überflutet wurde. Der Bergbruch verschüttete den Highlands Highway (die Zufahrtsstraße zur Mine) und zerstörte die Felder der Dorfbewohner. Rund 2.500 Menschen wurden obdachlos. Tote waren nicht zu beklagen.

Einen Monat später begann im Porgera-Tal die Polizeiaktion „Operation Ipili 09“. Die Mitarbeiter der „PNG Defense Force“ (Armee) sind für sechs Wochen in den Distrikten Porgera und Lagai stationiert, um die zunehmende Gesetzlosigkeit rund um die Mine in den Griff zu bekommen. 200 Polizeibeamte vertreiben illegale Siedler, die entlang der Zufahrtsstraßen der Mine in provisorischen Unterkünften kampieren und dort Geschäfte mit den Minenarbeitern betreiben (überwiegend Drogenhandel, Prostitution und illegaler Goldabbau). Die Regierung sprach für beide Distrikte ein Alkoholverbot bis vermutlich 2012 aus, um der Alkoholproblematik Herr zu werden.

Nixo Mangape, Sprecher der Porgera-Landeigner-Vereinigung, begrüßte ausdrücklich den Polizeieinsatz. Mit eigenen Mitteln habe man es nicht geschafft, die Gesetzlosigkeit in den Griff zu bekommen. Die illegalen Siedler kämen nicht aus Porgera und Umgebung, so dass es auch ständig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Klane komme, beklagte Mangape. Probleme gebe es auch mit illegalen Goldschürfern, die sich auf das Minengelände schlichen und dort versuchten, auf eigene Faust Gold zu gewinnen.

Der Gouverneur der Provinz Enga, Peter Ipatas, sagte, es sei zwingend notwendig, die Menschen aus dem engeren Gebiet um die Mine (das so genannte „Porgera Special Mining Lease“) zu vertreiben. Die Razzia der Polizei samt der Zerstörung von 50 illegalen „Hütten“ sei eine nötige Maßnahme zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung, so Ipatas weiter (*Post-Courier* 10.03.09, 20.04.09, *Radio NZI* 07.05.09)

Zwei neue Provinzen

Ab 2012 wird Papua-Neuguinea zwei neue Provinzen haben. Das entschied das Parlament Mitte März einstimmig mit 86 Stimmen. Die neue Provinz Hela ist Teil des Südlichen Hochlandes. Die Provinz Jiwaka soll von der jetzigen Western Highlands Province abgespalten werden. Die Bewohner der Region Hela bemühen sich seit mehr als 30 Jahren um mehr Unabhängigkeit. Sie gründeten bereits 1970 die „Hela Association“ mit dem langfristigen Ziel, eine eigene Provinz zu werden. Dementsprechend groß war der Jubel bei der öffentlichen Sitzung des Parlaments auf den Rängen. In der Hela-Region gibt es die landesweit größten Öl- und Gasvorkommen.

Premierminister Sir Michael Somare kündigte in gleicher Sitzung eine Ergänzung zum „Organic Law on Provincial Boundaries“ an.

Bis dato gibt es in Papua-Neuguinea 18 Provinzen, dazu die Autonome Republik Bougainville sowie den National Capital District mit der Hauptstadt Port Moresby. (*Post-Courier* 12.03.09)

Barramundi-Zuchtanlage geplant

Das „PNG Sustainable Development Program“ (PNGSDP) plant den Bau einer Zuchtanlage für Barramundi-Fische in Daru, der Hauptstadt der Western Province. Für die Entwicklung des „Western Province Sustainable Aquaculture Programme“ (WPSA) hat das PNGSDP 20 Millionen Kina bewilligt. Erwartet wird ein jährlicher Gewinn aus der Zucht in Höhe von 10 Millionen Kina. Geplant ist die Aufzucht von 400.000 Barramundi jährlich.

Bereits vor der Inbetriebnahme der neuen Anlage wurden 24 Barramundi zu Testzwecken auf dem Gelände der heruntergewirtschafteten und bankrotten „Daru Crocodile Farm“ untergebracht.

WPSA-Manager Ian Middleton erklärte, die Zuchtanlage solle aus zwei großen Tanks à 20.000 Litern Füllmenge bestehen. Die Anlage entsteht nahe des Flughafens von Daru, so dass die Fische schnell nach Australien ausgeflogen werden können. Dort gilt der barschartige Fisch aus der Familie der Riesenbarsche als Delikatesse und als einer der besten Speisefische. Sein Fleisch ist weiß und zart, aber trotzdem fest und äußerst schmackhaft. (*The National* 23.02.09, <http://www.fishbase.org/summary/SpeciesSummary.php?id=346>)

Neue Tunfischfabrik bei Madang

Nahe Lae, in Malahang, soll eine neue Tunfisch-Fabrik entstehen. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt der neuguineischen Fischereigesellschaft Frabelle in Kooperation mit der philippinischen „Century Canning

Corp“ und der thailändischen „Thai Union Corp“. Ein Sprecher von Frabelle sagte, man plane die Anstellung von 6.000 Fabrikarbeitern.

Noch ist die Frage nach den Landrechten auf dem 20 Hektar großen Grundstück nicht endgültig geklärt. Die Provinzregierung der Morobe-Provinz besitzt dort kein regierungseigenes Land. Doch haben die traditionellen Landbesitzer angekündigt, ihr Land an Frabelle zu verpachten und nach unbestätigten Meldungen wohl auch schon mit der Rodung der Wälder begonnen.

Frabelle rechnet mit einer Bauzeit von einem Jahr. Danach sollen täglich 350 Tonnen roher Tunfisch in der Fabrik weiterverarbeitet werden. Es würde sich damit um die größte Tunfischfabrik des Landes handeln. (*The National* 08.02.09, <http://www.frabelle.com/>, <http://www.tradingmarkets.com/.site/news/Stock%20News/2164581/>)

Solar-Handy ab Juni auf dem Markt

Ab Juni wird in Papua-Neuguinea ein solarbetriebenes Mobiltelefon für unter 40 US-Dollar erhältlich sein. Das gab die chinesische Entwicklerfirma ZTE am Rande des „Mobile World Congress“ in Barcelona (Spanien) bekannt. Das Handy namens „Coral-200-Solar“ hat auf der Rückseite ein 3 mal 7 Zentimeter großes Solarpanel. Legt man das mobile Telefon für eine Stunde in die Sonne, reicht die Energie für ein 15-minütiges Gespräch bzw. für einen eintägigen Stand-by-Betrieb.

Der Mobilfunkanbieter Digicel ist Partner von ZTE. Der für Papua-Neuguinea zuständige Digicel-Vertriebsbeauftragte Tom Bryant sagte, die dauernden Stromausfälle in PNG seien „nervtötend“. Mit dem neuen Solarhandy könne man dann unabhängig von der Stromversorgung telefonieren.

Weltweit haben zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zur Stromversorgung. (*Post-Courier* 20.02.09, <http://www.testberichte.de/p/zte->

[tests/coral-200-solar-testbericht.html](http://www.testberichte.de/p/zte-tests/coral-200-solar-testbericht.html), <http://www.zte.com.cn/>)

Antrittsbesuch des deutschen Botschafters

Zu seinem Antrittsbesuch traf der neue deutsche Botschafter, Dr. Michael Witter, in Papua-Neuguinea ein. Der hochrangige Diplomat mit Sitz in der australischen Hauptstadt Canberra vertritt Deutschland nicht nur in Australien, sondern auch in Papua-Neuguinea, auf den Salomonen, Nauru und Vanuatu.

Nach Treffen mit Regierungsvertretern in der Hauptstadt Port Moresby flog er mit seinen Begleitern, Honorarkonsul Eberhard Pfeiffer und Botschaftsmitarbeiter Achim Kopatz, weiter nach Madang, wo er auch die Evangelistenschule der Evangelisch-Lutherischen Kirche (ELC-PNG) in Amron besuchte. Dort bereiteten die Studenten mit ihren Familien der Botschaftsdelegation einen herzlichen Empfang: Drei Sing-Sing-Gruppen standen für die Regionen Morobe, Hochland und Madang. Eine Wegstrecke wurde Botschafter Witter sogar in einem hubschrauberähnlichen Gefährt aus Buschmaterialien getragen.

Der deutsche Botschafter zeigte sich „überwältigt von der Lebendigkeit und großen Gastfreundschaft der Menschen“. Er unterstrich die langjährigen Beziehungen zwischen Deutschland und Papua-Neuguinea, in denen die Arbeit der lutherischen Kirche eines der sichtbaren Zeichen sei. Pfarrer Malil Saulgari, Vorsitzender des Schulbeirats, beschrieb die Ausbildungsstätte als „Maschinenraum“ der lutherischen Kirche. Die Delegation überzeugte sich auch vom neuen Computer-Netzwerk, das im vergangenen Jahr für rund 5.000 Euro von der deutschen Botschaft übergeben worden war. Die fünf Rechner und ein Drucker helfen den Lehrern bei der Vorbereitung ihres Unterrichts. (*Annekathrin Jentsch, Pressereferentin Mission EineWelt*, <http://www.Mission-EineWelt.de>)

BOUGAINVILLE

70 Absolventen des OTIBTI

Erstmals haben 70 Männer und Frauen einen Abschluss im privat geführten „Osi Tanata Business Training Institute“ (OTIBTI) gemacht. Das Ausbildungszentrum war im vergangenen Jahr in Arawa (Central Bougainville) eröffnet worden. Es handelt sich um eine Schule der Nichtregierungsorganisation „Osi Tanata“ (deutsch: Hüter des Landes). Diese wurde im Juli 2004 als Folge einer Projektfinanzierung der neuseeländischen Hilfsorganisation Oxfam gegründet. Oxfam hatte 1998 mit der Finanzierung einiger kleinerer Einkommen schaffender Maßnahmen wie etwa einer Hühnerzucht auf Bougainville seine Arbeit aufgenommen. Es ging vor allem darum, Erwerbsmöglichkeiten für traumatisierte ehemalige Kombattanten zu schaffen sowie den Menschen, die während der zehnjährigen Krise keine Möglichkeit zur Schul- und Weiterbildung hatten, eine bezahlte und der Gemeinschaft dienliche Aufgabe zu vermitteln.

Aus dem ehemaligen Oxfam-Projekt ging die inzwischen eigenständige NGO hervor. Mit dem OTIBTI hat die Organisation eine weitere Lücke im Versorgungssystem geschlossen und jungen Menschen die Möglichkeit zur qualifizierten Ausbildung im eigenen Land gegeben. Die Studenten können am Institut einen Abschluss in Buchhaltung und als Büroangestellte machen. Der OTIBTI-Direktor Ben Kinah betonte bei der Graduierungszereemonie in Arawa, dass sein Institut das erste privat geführte in Bougainville sei, dass vom „National Training Council“ (NTC) in Papua-Neuguinea zertifiziert und als Ausbildungsstätte anerkannt sei. Alle Dozenten wurden beim NTC ausgebildet. (*Post-Courier* 09.04.09, <http://www.oxfam.org.nz>)

SALOMONEN

Erzbischof gibt Startschuss für Kommission

Der südafrikanische Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu hat Ende April den Startschuss für die Wahrheits- und Versöhnungskommission auf den Salomonen gegeben. Tutu war nach Honiara gereist, um die von der Regierung unter Premierminister Derek Sikua eingesetzte Kommission offiziell einzuweihe. Die Kommission mit ihren fünf Mitarbeitenden soll Verbrechen aufarbeiten, die während des Bürgerkrieges zwischen Bewohnern der Inseln Guadalcanal und Malaita begangen wurden, und vor allem verfeindete Familien und Verwandtschaftsverbände zur Versöhnung aufrufen.

Tutu gab sich zuversichtlich, dass die Kommission schon bald große Erfolge erzielen werde. Wenn eine derartige Kommission so erfolgreich in Südafrika arbeiten konnte, dürfte es nicht allzu schwer sein, ähnliche Erfolge auch auf den Salomonen zu erzielen, wo weitaus weniger Menschen starben und zu Schaden kamen als während des jahrzehntelangen Apartheid-Regimes in Südafrika, betonte der 77-jährige anglikanische Erzbischof bereits bei der offiziellen Begrüßung am Flughafen.

Info: Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Guerilla-Bewegung „Malaita Eagle Force“ und dem „Isatabu Freedom Movement“ von der Insel Guadalcanal waren in den Jahren 1998 bis 2003 einige hundert Menschen getötet und verschleppt worden, tausende wurden vertrieben. Der bürgerkriegsähnliche Konflikt endete im Juli 2003 mit der Ankunft der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI) unter dem Mandat des Pazifischen Inselforums und unter australischer Kommandantur. (*Flash d'Océanie* 23.04.09, *Solomon Star* 28.04.09, *ABC* 29.04.09)

Abkommen über Zusammenarbeit

Die Salomonen stehen mit vier asiatischen Ländern in Verhandlungen über die künftige wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Bereits Ende letzten Jahres haben sie ein Abkommen über technische Zusammenarbeit („Technical Cooperation Agreement“) mit Japan geschlossen. Ein ähnliches Abkommen mit Indien ist zur Unterzeichnung bereit. In Vorüberlegung ist die technische Zusammenarbeit mit den Philippinen und mit Taiwan. Die Regierungen der Salomonen und von Taiwan erwägen zudem den Abschluss eines Freihandelsabkommens („Free Trade Agreement“). Erste Entwürfe werden derzeit diskutiert. (*Solomon Times* 30.03.09)

Neuseeländer wird Polizeipräsident

Der Neuseeländer Peter Marshall hat Ende März seinen Amtseid als Polizeipräsident der Salomonen abgelegt. Die feierliche Zeremonie fand vor dem Generalgouverneur Sir Nathaniel Waena im Beisein hochrangiger Politiker und kirchlicher Würdenträger statt. Marshall war bereits seit Mai 2008 designierter Chef der Polizei. Er kam im Februar 2007 als Mitglied der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ nach Honiara.

Marshall wurde zunächst für zwei Jahre in sein Amt gewählt. Er ist der einzige hochrangige Ausländer in der „Royal Solomon Islands Police“.

Die Berufung des Neuseeländers geht zurück auf ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit und polizeiliche Amtshilfe, das die Salomonen in der Zeit des Bürgerkrieges auf den Inseln Guadalcanal und Malaita mit Neuseeland geschlossen hatten. (*Pacific Beat* 30.03.09, *Solomon Times* 31.03.09)

RAMSI ernennt Gender-Beauftragten

RAMSI-Koordinator Graeme Wilson kündigte anlässlich der Feierlichkeiten zum „Internationalen Frauentag“ (8. März) die Berufung eines/einer Gender-Beauftragten an. Diese/r soll auf die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen RAMSI-Projekten achten. Dabei sollen vor allem die Frauen noch mehr berücksichtigt werden, erklärte Wilson. Sie bedeuteten das „Rückgrat der salomonischen Gesellschaft“ und hätten entscheidend zum Friedensprozess beigetragen, indem sie ihre Brüder, Väter und Ehemänner zur Abgabe der Waffen überredet hätten. Der RAMSI-Mission sei sehr daran gelegen, Workshops und Projekte anzubieten, von denen beide Geschlechter gleichermaßen profitieren könnten, erklärte Wilson weiter.

Info: „Gender“ bezeichnet das „soziale“ oder „psychologische“ Geschlecht einer Person im Unterschied zum biologischen Geschlecht (engl. sex). Der Begriff wurde aus dem Englischen übernommen, um im Deutschen die Unterscheidung zwischen sozialem (gender) und biologischem (sex) Geschlecht treffen zu können, da das deutsche Wort „Geschlecht“ in beiden Bedeutungen verwendet wird. (*RAMSI Pressemitteilung* 10.03.09, *Wikipedia*)

Lehrerin für besondere Verdienste ausgezeichnet

Die Direktorin der „Mercy School“ von Burns Creek, einem Vorort von Honiara, ist von RAMSI-Koordinator Graeme Wilson mit dem „Special Coordinator's Award for Women“ ausgezeichnet worden. Frau Beverly Komasi erhielt die Ehrung und das Preisgeld in Höhe von 2.000 Solomon Dollar (ca. 220,- €) für den Aufbau eines Kindergartens und einer Grundschule am Rande der Mülldeponie Ranadi in Burns Creek. Komasi und ihr Mann, Pastor David Komasi (Superin-

tendent bei der Pfingstkirche „Assemblies of God“), hatten beobachtet, dass sich kleine Kinder als „Müllsammler“ auf der Deponie betätigten, um Geld für die Familie zu verdienen. Gemeinsam mit anderen Frauen und mit finanzieller Unterstützung der „Assemblies of God“ eröffnete Frau Komasi 2005 einen Kindergarten und eine Grundschule, zunächst unter einem Baum, um die Kleinsten von der Straße zu holen. Die größeren Kinder konnten in Räumen der Pfingstkirche unterrichtet werden. Inzwischen besuchen 320 Kinder die „Mercy School“, 14 Frauen betätigen sich ehrenamtlich als Lehrerinnen und Aufsichtspersonal.

Die amerikanische „Assemblies of God“, die von Komasis Engagement gehört hatte, sammelte Spenden, mit denen nun der Bau einer „richtigen“ Schule finanziert werden soll. Auch das Preisgeld soll in den Neubau fließen. Die Gemeinde Burns Creek will lokale Handwerker zum Schulbau anstellen, um so Arbeitsplätze für junge Männer zu schaffen.

Graeme Wilson übergab den Preis am Internationalen Frauentag und erklärte, mit der Auszeichnung wolle man stellvertretend für viele andere Frauen das besondere Engagement von Frauen und Müttern beim Wiederaufbau eines funktionierenden Gemeinde- und Staatswesens auf den Salomonen würdigen. (RAMSI Pressemitteilung 10.03.09, http://oursolomonsdiary.blogspot.com/2009_03_01_archive.html, <http://www.ncca.org.au/actforpeace?p=3141>)

Neue Vogelart entdeckt

Ein Team von Wissenschaftlern unter Leitung von Dr. Guy Dutton von „BirdLife Australia“ hat auf der kleinen Insel Vanikoro in der Provinz Temotu eine neue Vogelart entdeckt. Die Vogelkundler gaben dem Vogel den Namen „Vanikoro White-eye Zosterops gibbsi“, wobei „Vanikoro“ sich auf den Fundort bezieht und „gibbsi“ als Ehrung für den Entdecker des Vogels, David Gibbs, gemeint ist.

Don Stewart, Direktor des BirdLife Pacific Partnership Secretariat, sagte, die Entdeckung neuer Arten in Fidschi und den Salomonen in jüngster Zeit unterstreiche die Wichtigkeit aller Umweltschutzbemühungen von Staat und Bevölkerung. Man könne davon ausgehen, dass es in unzugänglichen Gebieten noch weitaus mehr unentdeckte Arten gäbe. Über die Biodiversität auf den Salomonen sei noch zu wenig geforscht worden, bemängelte Stewart.

Der „Weiß-Auge“ ähnelt einer Mischung aus Fink und Spatz. Er lebt in den Wäldern oberhalb von 350 Metern und ernährt sich von Insekten und Früchten.

(Solomon Star 15.03.09, http://www.birdlife.org/news/news/2009/03/new_bird_species.html)

FIDSCHI

Die „Coup Culture“- eine unendliche Geschichte

Am 9. April 2009 berichtete die fidschianische Tageszeitung „Fiji Times“, das ein Berufungsgericht dem Einspruch des im Dezember 2006 entmachteten ehemaligen Premierministers Laisenia Qarase stattgegeben hatte. Dieser hatte die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Fidschis zur Legalisierung des Bainimarama-Coups vom Oktober 2008 angefochten. Hierdurch war der Inselstaat *de facto* für einige Stunden ohne eine Regierung, da Kommodore Franck Bainimarama die Entscheidung unverzüglich anerkannte. Viele Regimegegner und Kritiker begrüßten diese kaum zu erwartenden Entwicklungen als einen Sieg der Rechtsstaatlichkeit. Nur wenige Stimmen äußerten sich aufgrund des zu reibungslos wirkenden Ablaufes der Ereignisse skeptisch. Sie sollten Recht behalten. Binnen weniger Stunden kündigte Präsident Josefa Iloilo Neuwahlen für frühestens 2014 an und rechtfertigte den langen Zeitraum einer Interimsregierung durch die Notwendigkeit der Durchsetzung von Reformen, die durch die Bainimarama-

Regierung implementiert wurden. Kurze Zeit später verhängte der Präsident den Ausnahmezustand (mit scharfen Kontrollen durch Polizei und Militär) und setzte die Verfassung des Jahres 1997 außer Kraft, wodurch er sich selbst zum alleinigen Staatsoberhaupt beförderte. In einer Rede kündigte er an, schnellstmöglich einen Interimspremierminister ernennen zu wollen. Da er sich im gleichen Zuge auffallend wohlwollend über die Bainimarama-Regierung äußerte, war schon zu diesem Zeitpunkt klar, wer Iloilos Favorit sein sollte.

Währenddessen zeigten sich die australischen und neuseeländischen Regierungen und Medien wie eigentlich durchgehend seit Dezember 2006 besorgt und kritisch und formulierten die üblichen Drohgebärden. Viele Kritiker werfen den beiden pazifischen „Großmächten“ allerdings nicht ganz zu Unrecht vor, dass sie durch ihre aggressive Außenpolitik gegen die fidschianische Regierung die neuerlichen Entwicklungen teilweise mitverschuldet haben.

Samstagmorgen (11.04.) wurde Kommodore Bainimarama durch Ratu Josefa Iloilo dann wenig überraschend als Fidschis neuer Interimspremierminister eingeschworen. Bainimarama hatte vorher angekündigt, zur Verfügung zu stehen, sollte ihn der Präsident berufen. In einer medienwirksamen Aktion hatte er noch wenige Stunden zuvor seinen Rückzug in die Queen-Elizabeth-Kaserne in Suva angekündigt und erklärt, dass er sich ausschließlich auf seine Militärkarriere konzentrieren wolle. Bainimarama ernannte umgehend seine Minister, die sich aus der nur wenige Stunden zuvor durch das Gerichtsurteil entmachteten Regierung rekrutieren. Anschließend wurden ausgewählte Medienvertreter und Regimegegner verhaftet und die Pressefreiheit empfindlich eingeschränkt. Mehrere Tageszeitungen druckten als Zeichen des Protests entweder leere Seiten oder belanglose Geschichten ab. Fernseh- und Radiosendungen wurden nur im

Beisein von Militärs hinter den Kulissen ausgestrahlt. Mit der Ernennung des ehemaligen Oberkommandierenden des Militärs, des Diplomaten und langjährigen Politikers Ratu Epeli Nailatikau zum Vizepräsidenten eine Woche später (17.04.), wird zudem deutlich, wie sehr die Bainimarama-Riege den Präsidenten nun auch offiziell beeinflusst.

Kritische Stimmen im In- und Ausland sprechen im Zuge dieser neuerlichen Entwicklungen von einem erneuten (konstitutionellen) Coup d'Etat, durch den das, von allen Seiten in die Schusslinie geratene und letztendlich als illegal erklärte Bainimarama-Regime versucht, an der Macht zu bleiben und seine Agenda durchzusetzen. In Fidschi macht sich nach nunmehr über 20 Jahren *coup culture* eine gewisse Ernüchterung und Teilnahmslosigkeit in der Bevölkerung breit. Die erneute Machtergreifung Bainimaramas birgt durchaus auch neue Krisensituationen. Beobachter gehen davon aus, dass die gefährlichsten Regimegegner innerhalb des Militärs zu finden sind. Es handelt sich um hochdekorierte Offiziere, die Bainimaramas politischer Karriere aus unterschiedlichen Gründen kritisch gegenüberstehen und wie die fidschianische Rechte und die von Bainimarama isolierten alten Eliten und Wirtschaftsmogule durchaus ein gewisses Risiko für den neuen Premierminister darstellen, dessen Kampf gegen Korruption und Rassismus schon seit langem ins Stocken geraten ist und der sich durch seine militärische Härte und politische Uneinsichtigkeit mittlerweile die letzten Sympathien verspielt zu haben scheint. Viele seiner Kritiker besitzen eine mehr oder minder anonyme Stimme im Internet (Foren, *blogs* etc.) oder befinden sich in relativer Sicherheit im Ausland. Täglich mehrt sich die Sammlung an Anschuldigungen, Gerüchten und anderen Veröffentlichungen mit oftmals fragwürdigen Inhalten, die es so schwer machen, die sicherlich zugespitzte Lage vor Ort richtig einschätzen zu können. Die wenigen gemäßigten Stimmen, wie die des australischen

Reporters Graham Davies, werden öffentlich durch australische und neuseeländische Akademiker an den Pranger gestellt und finden interessanterweise nur bei Pazifikinsulanern in Politik und Medien Gehör und eine gewisse Unterstützung.

Wie kann ein Weg aus der Krise aussehen? Zunächst muss angemerkt werden, dass dieselben hypokritischen Stimmen, die Bainimaramas Machtübernahme verurteilen und seit 2006 auf einen schnellen Rückweg zu Wahlen und der Verfassung pochen, schon seine Vorgänger (Mara, Rabuka und Qarase) kritisierten. Insbesondere Laisenia Qarases Amtszeit war geprägt durch Nepotismus, Korruption und der Instrumentalisierung ethnischer Unterschiede zu machtpolitischen Zwecken, gegen die Bainimarama zumindest in eigenen Worten durch seine *clean-up campaign* vorgehen will, dies aber bisher freilich in großem Umfang schuldig blieb.

Ist es damit getan, als Akademiker, Politiker, Menschenrechtsaktivist etc. sozio-politische Zustände einzufordern, die es anscheinend auf den Fidschi-Inseln nie gab? Etwas überspitzt formuliert kann dies heißen, dass sich die Verfechter einer Demokratisierung Fidschis (und anderer Teile des Pazifiks) durchaus das Argument gefallen lassen müssen, dass Fidschis Wahlsystem und konstitutionelle Monarchie zwar auf den Grundzügen eines demokratischen Politikverständnisses aufgebaut sind; die diversen Verfassungen und Wahlsysteme, die bis dato zur Anwendung kamen, aber eindrucksvoll beweisen, dass eine demokratische Grundhaltung nie mehr als ein Wunschgedanke oder hohler Schein war. Vielleicht ist ein gemäßigtes Bainimarama-Regime, dass an seiner Vision einer multi-ethnischen und multi-kulturellen Gemeinschaft festhält und erkennt, dass kritische Stimmen und Medienfreiheit durchaus mit einer harten Linie vereinbar sind, ein gangbarer Weg für die nächsten Jahre. Diese Lösung kann jedoch nur

funktionieren, wenn der militärische Charakter des Regimes hinten angestellt wird und das Regime offener auf seine Kritiker zugeht. Dies setzt natürlich voraus, dass die Übergangsregierung auch hinter ihrem Programm steht und nicht, wie viele Regierungen vor ihr, sozio-politische Missstände und Konfliktebenen im Rahmen einer politischen Rhetorik artikuliert, um letztendlich zu verschleiern, worum es eigentlich geht: Macht, Anerkennung und Wohlstand einiger weniger. Man muss zudem kein allzu großer Pessimist sein, um zu erkennen, dass selbst in einem kleinen pazifischen Inselstaat nicht einfach eine Stunde Null hergestellt werden kann, von der aus eine gerechte Verfassung und Wahlen ein Allheilmittel für sozio-politische Krisen darstellen. (*Analyse von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Dominik Schieder, Bayreuth.*
Quellen: www.fijitimes.com,
www.theaustralian.news.com.au,
www.nzherald.co.nz, www.fijigiv.org.fj;
www.casfepacific.blogspot.com,
www.rawfijinews.wordpress.com,
www.loyalfijian.blogspot.com,
www.coupfourpointfive.blogspot.com)

Anmerkung der Redaktion: Am 2. Mai 2009 hat der Vorsitzende des „Pacific Islands Forum“ (PIF), Toke Talagi (Premierminister der Insel Niue), das Militärregime von Fidschi mit sofortiger Wirkung aus dem Forum ausgeschlossen. Als Grund für den Ausschluss nannte Talagi Bainimaramas Unwillen, Fidschi „auf den Weg der Demokratie zurückzuführen“. Der PIF-Vorsitzende betonte, dass nicht etwa die „Republik Fidschi“ als Staat aus dem Forum ausgeschlossen werde, sondern nur die derzeitige Militärregierung unter Bainimarama. (*Presseerklärung*
<http://www.forumsec.org.fj> 02.05.09)

Zahl der Aids-Erkrankungen gestiegen

Nach Angaben des fidschianischen Gesundheitsministeriums sind 294 Fälle von Aids-Erkrankungen bekannt. Die Dunkelziffer dürfte jedoch weit höher liegen, erklärte Dr. Neil Sharma, die in der Übergangsregierung den Posten der Gesundheitsmi-

nisterin bekleidete. 62,5 % der Erkrankten sind Männer, davon wiederum sind 82 % indigene Fidschianer und etwa 12 % Indu-Fidschianer. Über 45 % der Erkrankten gehören in die Altersgruppe der 20 bis 29-Jährigen. (http://www.aidsdatahub.org/files/html/County_Table_Fiji.htm, Flash d'Océanie 20.02.09)

VANUATU

Kronanwältin berufen

Erstmals seit der Unabhängigkeit Vanuatus 1980 ist eine Frau in das Amt der Kronanwältin („Solicitor General“) gewählt worden. Der Titel des Kronanwaltes wird nur an besonders erfahrene und erfolgreiche Rechtsanwälte verliehen, die dadurch offizielle Anerkennung vom Staat (repräsentiert durch die Krone und die Gerichte) erfahren.

Frau Viran Molisa Trief absolvierte zunächst einen Bachelorstudiengang in „Tourism Services Management“. Sie arbeitete in der Rechtsabteilung der Regierung und wurde 2004 zum offiziellen Rechtsbeistand der Regierung bestellt. Trief ist die Tochter des ehemaligen vanuatischen Außenministers Sela Molisa und der bekannten Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Grace Mera Molisa. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. (*Vanuatu Daily Post* 14.04.09)

20 Jahre „Wan Smol Bag“ Theater

Vom 14. bis 16. Mai hat das „Wan Smol Bag“ Theater (WSB) mit einem dreitägigen Fest auf der Insel Efate sein 20-jähriges Bestehen gefeiert. Das WSB wurde 1989 mit damals fünf ehrenamtlichen Schauspielern gegründet. Es begann mit eigenen Theateraufführungen und hat sich inzwischen zu einer überregional bekannten Film- und Radioproduktionsfirma weiterentwickelt. So läuft z.B. in Vanuatu eine tägliche „Soap Opera“ im Radio. Heute sind bei WSB

rund 100 Mitarbeiter fest angestellt, weitere 200 ehrenamtliche Helfer sind im Einsatz.

WSB versteht sich als „Bildungstheater“. Die Stücke behandeln alltägliche Themen wie Familienplanung, Umgang mit Aids-Kranken, Schulgeldfinanzierung, arbeitslose Jugendliche, Gewalt gegen Frauen und Kinder, Umweltverschmutzung etc. Mit ihren Stücken (meist in der einheimischen Sprache Bislama) geht die Truppe raus aufs Land und spielt z.B. auf Dorfplätzen oder in Gemeindehallen. Die Schauspieler sind pädagogisch geschult und bieten zur Vor- und Nachbereitung der Stücke entsprechende thematische Workshops an. Unmittelbar nach den Aufführungen diskutieren die Schauspieler mit dem Publikum die Themen des Stücks.

Direktor der Nichtregierungsorganisation ist Peter Walker.

(<http://www.wansmolbag.org/>, *Vanuatu Daily Post* 09.05.09, informativer Film auf <http://www.youtube.com/watch?v=bGrKQReWEyU>)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Säureunfall auf Minengelände

Durch die fehlerhafte Verbindung von Pipelines konnten Ende März zwischen 14.000 und 18.000 Liter 98 %-iger Schwefelsäure auf dem Gelände der im Bau befindlichen Nickelmine in der Provinz Goro auslaufen. Die brasilianische Betreiberfirma der Mine, Vale-Inco, hatte den Störfall zunächst verschwiegen. Anwohner wurden aufmerksam, als tausende toter Fische im North Bay River und der Prony Bucht an die Ufer gespült wurden. Die Nickelmine ist noch nicht in Betrieb, zurzeit laufen Tests zu den späteren Arbeitsabläufen in der dann größten Nickelmine der Welt in der Southern Province auf der Hauptinsel. Der Provinzpräsident Philippe Gomès, der sich vor Ort über das Ausmaß der Umweltschäden informierte, erklärte, die Regierung werde Vale verklagen, da der

Bergbaukonzern sich nicht an Abmachungen gehalten habe. Man habe vereinbart, die Tests nicht auszuführen ohne den Bau von Rückhaltebecken, die das Auslaufen von Schwefelsäure verhindern sollten. Just zu dem Zeitpunkt des Unglücks sei das Rückhaltebecken wegen Reparaturmaßnahmen nicht funktionsfähig gewesen.

Sobald die Mine ihre Produktion aufnimmt, rechnen die Betreiber mit einer Förderkapazität von 60.000 Tonnen Nickel und 5.000 Tonnen Kobalt jährlich. In Neukaledonien lagert rund ein Viertel des weltweiten Nickelvorkommens. (*Oceania Flash* 06.04.09, *ABC* 06.04.09, *Radio NZI* 14.04.09)

5.000 Dengue-Patienten

Die seit September letzten Jahres grassierende Dengue-Epidemie hat Ende März mit rund 5.000 gemeldeten Erkrankungen ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Erstmals seit über 30 Jahren handelt es sich bei dem Dengue-Virus um den Serotyp 4, gegen den die Menschen noch keine Immunkörper entwickeln konnten. Täglich erkranken rund 100 Menschen an den grippeähnlichen Symptomen, bisher sind drei Tote zu beklagen. Allein im Monat März wurden dem Gesundheitsministerium 2.673 Neuerkrankungen gemeldet.

Erschwerend kommt die Wetterlage hinzu. Ende Februar zog der tropische Wirbelsturm „Jasper“ über die Inseln hinweg. Er richtete zwar nur wenig Sachschaden an, hatte aber starke Regenfälle mit 146 Millimetern Niederschlag in 24 Stunden und Starkwind im Gepäck. Zahlreiche Gegenden wurden überflutet. Die das Dengue-Virus übertragenden Stechmücken fühlen sich am wohlsten in feucht-warmer Umgebung und können sich dort extrem gut vermehren. Die Gesundheitsbehörden warnen deshalb vor dem Aufenthalt an stehenden Gewässern. Die Behörden haben eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um die Zahl der Neuer-

krankungen zu senken. So wurden kostenlose Insektenschutzmittel und Moskitonetze an die Bevölkerung ausgegeben, die städtischen Gebiete wurden aus der Luft mit Insektiziden besprüht und Infrarotkameras am Flughafen registrieren Menschen mit Fieber. (*Oceania Flash* 17.02.09, 31.03.09)

„Maison de la Nouvelle-Calédonie“ renoviert

Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten ist das „Maison de la Nouvelle-Calédonie“ in Paris im Februar feierlich wiedereröffnet worden. Das Haus in der Rue de Ventadour im Quartier d'Opéra besteht seit 1989. Es dient als Informationszentrum und Anlaufstelle für neukaledonische StudentInnen. Die rund 20 Mitarbeitenden des Zentrums begrüßen z.B. Neuankommende direkt am Flughafen, helfen bei der (oftmals erstmaligen) Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, unterstützen bei der Suche nach einer erschwinglichen Unterkunft und dienen ganz allgemein als Treffpunkt der neukaledonischen „Szene“ in der französischen Hauptstadt. Im Haus finden auch kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen, Live-Auftritte von Bands und Workshops zu Politik, Wirtschaft und Kultur statt. (*La Lettre de Kanaky*, No. 204, Mars 2009, <http://www.maisonnouvellecaledonie.paris.nc/site/sommaire.php>)

MIKRONESIEN

Truppenverlegung nach Guam

Guam: Die bereits seit 2006 diskutierte Verlegung amerikanischer Soldaten aus dem japanischen Okinawa nach Guam ist Mitte Februar endgültig beschlossen worden. Hillary Clinton, seit Januar 2009 amerikanische Außenministerin, und ihr japanischer Amtskollege Hirofumi Nakasone unterzeichneten das bilaterale

Abkommen in Tokio. Die rund 8.000 in Okinawa stationierten Soldaten - es handelt sich überwiegend um Streitkräfte der US Marine - sollen in den nächsten fünf Jahren nach Guam umziehen. Die Kosten der Truppenverlegung belaufen sich auf rund 15 Milliarden US Dollar.

Hillary Clinton betonte die geostategische Bedeutung des dort seit 1944 bestehenden Luftwaffenstützpunktes „Andersen Air Force Base“.

Die einheimische Bevölkerung Guams äußerte Sorge über den bevorstehenden Zuzug der amerikanischen Soldaten und ihrer Familien. Zwar sei man vom Militär als größtem Arbeitgeber abhängig, doch sei die Insel mit 307 Einwohnern pro Quadratkilometer bereits jetzt ziemlich überbevölkert (Gesamtbevölkerung 178.000). Es mangle an ausreichender Infrastruktur für die Beherbergung und Versorgung der zu erwartenden Soldaten, erklärte Dr. Michael Cruz, Vizepräsident des lokalen Parlaments.

Info: Guam (Chamorro: *Guåhån*) ist die größte und südlichste Insel des Marianen-Archipels im westpazifischen Ozean. Sie ist ein nichtinkorporiertes Territorium der USA, d.h. ein Außengebiet der Vereinigten Staaten. Die Hauptstadt ist Hagåtña. Die Insel besitzt für die USA eine große strategische Bedeutung wegen ihrer Nähe zu China und Nordkorea. Rund ein Drittel der Insel wird von Einrichtungen der Marine und der Luftwaffe eingenommen. (*Flash d'Océanie* 18.02.09, *Wikipedia*, *CIA World Factbook*, *Marianas Variety* 11.03.09, <http://www.defenselink.mil/news/newsarticle.aspx?id=53135>)

Bikini will Welterbe werden

Marshallinseln/Bikini: Das Bikini-Atoll hat bei den Vereinten Nationen einen Antrag auf Aufnahme in die Liste der Welterbestätten gestellt. Der 36-seitige Antrag wurde von Jack Niedenthal, dem Bikini ‚Liaison Officer‘, und der australischen Beraterin Nicole

Baker verfasst. Das Prozedere zur Aufnahme in die illustre Liste der Kultur- und Naturerbe der Vereinten Nationen ist äußerst langwierig und streng. So muss der Antrag zunächst die Hürde nehmen, von den UN anerkannt zu werden. Anschließend beschäftigen sich 20 bis 30 Gutachter des „World Heritage Committee“ aus den Fachbereichen Geschichte, Archäologie, Politik und ‚Pacific Studies‘ mit dem Antrag. Sollten die Gutachter den Antrag positiv bewerten, wird eine UN-Delegation Ende 2009 das Atoll besuchen, um sich vor Ort ein Urteil zu bilden. Eine endgültige Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Antrags erfolgt dann erst im Juni 2010.

Nicole Baker sagte, Bikini sei quasi das Synonym für „nuklearen Kolonialismus“ und sei von seiner Bedeutung her vergleichbar mit anderen Welterbestätten wie etwa Hiroshima oder Auschwitz. Eine Voraussetzung zur Aufnahme in das Welterbe der Vereinten Nationen ist z.B. die Tatsache, dass Bikini über die Grenzen des Pazifiks hinaus für die Atomwaffentests bekannt wurde. Die Tests hätten die ganze Welt beeinflusst, sagte Baker, die sich gute Chancen auf die Aufnahme in die Liste ausrechnet.

In die Welterbeliste werden nur Stätten aufgenommen, die nach Meinung des Welterbekomitees herausragende universelle Bedeutung aus historischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Gründen haben.

Info: Das von der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) erfasste Welterbe setzt sich aus dem Weltkulturerbe und dem Weltnaturerbe zusammen. Insgesamt umfasst die UNESCO-Liste des Welterbes 878 Denkmäler in 145 Ländern. Davon sind 679 als Kulturdenkmäler und 174 als Naturdenkmäler gelistet, weitere 25 Denkmäler werden sowohl als Kultur- als auch als Naturerbe geführt. In folgenden pazifischen Ländern gibt es Welterbestätten:

Australien, Neuseeland, Neukaledonien, Salomonen und Papua-Neuguinea. (*The Marshall Islands Journal* 20.02.09, Wikipedia, http://portal.unesco.org/culture/en/ev.php-URL_ID=34323&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html)

Tony deBrum abgesetzt

Marshallinseln: Der Präsident der Marshallinseln, Litokwa Tomeing, hat Senator Tony deBrum, den Außenminister der Marshallinseln, Ende Februar seines Amtes enthoben. deBrum hatte zuvor angekündigt, im Parlament („Niti-jela“) einen Misstrauensantrag gegen Tomeing stellen zu wollen. Sechs Senatoren hatten dazu ihre Unterstützung angekündigt. Außenminister deBrum hatte bereits mehrfach öffentlich die Politik Tomeings im Hinblick auf die Verhandlungen mit den USA zur weiteren Nutzung des Raketen-testzentrums („Ronald Reagan Ballistic Missile Defense Test Site“) auf dem Kwajalein-Atoll kritisiert.

Präsident Tomeing ist seit dem 7. Januar 2008 im Amt. Mit 18 von insgesamt 33 Sitzen in der Nationalversammlung ist seine Mehrheit denkbar knapp. Einem Misstrauensantrag entging der Präsident trotz der Entlassung deBrums nicht. Am 18. April scheiterte dieser Antrag jedoch ganz knapp mit 14:18 Stimmen bei einer Abwesenheit. Seit Amtsantritt Tomeings war das bereits der zweite erfolglose Misstrauensantrag gegen den ungeliebten Präsidenten.

Zum Nachfolger deBrums als Außenminister wurde John Silk ernannt, deBrum wurde zum „einfachen“ Parlamentarier in der Nitijela degradiert. (*Flash d'Océanie* 27.02.09, *Islands Business* 04.04.09, *Pacnews* 20.04.09, <http://www.rimajol.com>, <http://www.rminitijela.org/committees/committees.html>)

Frauen besprechen Klimawandel

Marshallinseln: Die Frauenorganisation „Women United Together Marshall Islands“ hat Mitte April zu einem Klimagipfel nur für Frauen (Womens' Forum on Climate Change) in das Kongresszentrum von Majuro eingeladen. Die rund 100 Frauen, meist Multiplikatorinnen von Umwelt- und Frauengruppen aus den Marshallinseln, hörten Vorträge zu diversen Aspekten des Klimawandels, wie z.B. zu den Auswirkungen der Korallenbleiche auf den Fischreichtum sowie zu den Bedrohungen durch den Anstieg des Meeresspiegels.

Als Referenten des Klimagipfels konnten MitarbeiterInnen des Umweltamtes der Marshallinseln (Environmental Protection Authority, EPA) sowie des „Office of Environmental Planning and Policy Coordination“ gewonnen werden.

In den Vorträgen wurde vor allem die Rolle der Frauen im Umgang mit den Folgen des Klimawandels beleuchtet. In Zeiten zunehmender Trockenheit und dem damit einhergehenden Trinkwassermangel stellt die Beschaffung von Wasser zum Kochen, Waschen und Putzen eine besondere Herausforderung für die Frauen dar. Moriana Philipp von der EPA sagte, dass traditionell die Frauen die Ernährerinnen der Familie seien und ihnen die Aufgabe zufalle, täglich genug Trinkwasser zu organisieren.

Der zweite Vorsitzende der EPA, Terry Keju, ging auf die Auswirkungen der Korallenbleiche und des Meeresspiegelanstiegs ein. Mit den Klimawandelfolgen gingen auch traditionelle weibliche Tätigkeiten verloren. Wenn das Meer sich erwärme und der Meeresspiegel ansteige, gefährde dies das Ernten von Algen und Nahrungspflanzen an der Küste und in der Lagune, erklärte Keju. Die Kultur der Algenernte ginge so unwiderruflich verloren. Es sei deshalb besonders wichtig, sich

über den Klimawandel und seine Folgen zu informieren und dieses Wissen auch an die jüngere Generation weiterzugeben, bat Keju die interessierten Teilnehmerinnen des Klimagipfels. (*Marshall Islands Journal* 10.04.09)

Regionalregierung unterstützt Atomtest-Opfer

Marshallinseln: Die lokale Regierung des Rongelap-Atolls setzt sich für die 32 noch lebenden Rongelapesen des Atomtests „Bravo“ ein und unterstützt sie mit einer Einmalzahlung von 800 US \$. Um diesen Menschen zu helfen, habe die Regierung ihr Reibudget verringert, so der Bürgermeister von Rongelap, James Matayoshi. Für diese Menschen gäbe es keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, denn viele der Überlebenden seien mittlerweile über 60 Jahre alt und von ihren Krankheiten gezeichnet, so Matayoshi weiter. 54 Rongelapesen sind bis zum heutigen Tag an den Folgen des gigantischen Atomtests gestorben.

Am 1. März 1954 zündete die US-amerikanische Regierung ihre größte jemals gebaute Wasserstoffbombe mit dem Codenamen „Bravo“. Die Bewohner der nur knapp 160 km entfernten Insel Rongelap wurden nicht über die Gefahren des Versuchs aufgeklärt und zu Forschungszwecken dem nuklearen Fallout ausgesetzt. Da sich die verantwortliche Regierung der USA bislang weigert, die Opfer ihrer insgesamt 67 Atomtests in den Marshall Islands ausreichend zu entschädigen, muss nun die lokale Regierung einspringen. Die Ausdauer und der Mut der Menschen soll mit der Zahlung anerkannt werden. „Wir stehen ihren Bedürfnissen offen gegenüber, besonders was die medizinische Versorgung betrifft“, so Matayoshi. (*Artikel von Katja Göbel. Quelle: Marshall Islands Journal* 13.03.09)

50 Aids-Kranke

Kiribati: Mamao Robate, die HIV/Aids-Beauftragte im kiribatischen Gesundheitsministerium, hat Anfang März aktuelle Zahlen bekannt gegeben. Demnach sind 50 Fälle von Aids-Erkrankungen bekannt, bei weiteren 30 Personen stand das Bluttest-Ergebnis noch nicht fest. Die Blutproben können nicht direkt in Kiribati auf Aids getestet werden, sondern müssen nach Australien geschickt werden.

Robate berichtete über die aktuelle Entwicklung der Aids-Erkrankungen vor der parlamentarischen „Task Force“, die speziell für die Erkrankungen Aids und Tuberkulose im Gesundheitsministerium eingerichtet worden war.

1991 war die erste Aids-Erkrankung in Kiribati gemeldet worden. Auf den mikronesischen Inseln leben derzeit etwa 112.000 Menschen. (*Marshall Islands Journal* 13.03.09)

Neuer Botschafter

Kiribati: Nach 5 ½ Jahren im Amt hat der erste Botschafter Taiwans in Kiribati, Samuel Chen, seine Amtszeit beendet. Chen war mit seiner Frau seit 2003 in Tarawa. In diesem Jahr hatte Kiribati Taiwan offiziell als eigenen Staat anerkannt und diplomatische Beziehungen aufgenommen. Nachfolger im Amt des Botschafters ist Benjamin Ho.

Taiwan ist einer der größten Entwicklungshilfegeber für Kiribati und unterstützt den mikronesischen Inselstaat auch anderweitig. So reiste im Mai ein 7-köpfiges Team aus Fachärzten und Krankenschwestern nach Tarawa, um dort eine Woche lang ehrenamtlich und gratis Patienten zu behandeln. (*Rongorongo Man* 08.05.09)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

Ausnahmestand erneut verlängert

Tonga: Ende April wurde der seit dem 16. November 2006 ausgeufene Ausnahmestand im Königreich Tonga um zunächst einen weiteren Monat verlängert. Der Ausnahmestand gilt allerdings nur in einigen besonders von Unruhen gefährdeten Gebieten in der Hauptstadt Nuku'alofa. Mit dem Ausnahmestand geht in den betroffenen Regionen ein Versammlungsverbot einher. Mitarbeiter von Polizei und Militär (Tonga Defence Service) patrouillieren durch die Straßen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Der tonganische Premierminister Dr. Feleti Sevele erklärte, die Regierung überprüfe monatlich die Verlängerung des Ausnahmestands. Dieser war nach dem 16. November 2006 angeordnet worden, als es in der Hauptstadt zu Vandalismus, Plünderungen und Straßenkämpfen zwischen Befürwortern und Gegnern der „Bewegung für Demokratie“ gekommen war.

Am letzten Sitzungstag des Parlaments 2006 hatte es die Regierung erneut nicht geschafft, die geforderten demokratischen Reformen zu beschließen. Mehrere tausend Menschen versammelten sich zu einem Protestmarsch zum Parlamentsgebäude. Im Anschluss an die eigentlich friedliche Demonstration kam es jedoch zu einem gewalttätigen Aufruhr. Gruppen von Jugendlichen hatten im Nu zahlreiche Gebäude und Autos in Brand gesteckt und Geschäfte geplündert. Das Zentrum von Nuku'alofa stand in Flammen. Dabei wurde nicht nur das Eigentum der Adligen zerstört, sondern es gingen auch 30 chi-

nesische Geschäfte und rund 150 Wohnungen von Chinesen in Flammen auf. Mindestens 42 Personen wurden verhaftet, acht Menschen starben. Am nächsten Tag hatte die Regierung erstmals den Ausnahmezustand verhängt und diesen seither Monat um Monat verlängert.

Analog zum geschichtsträchtigen Datum 9/11 (11. September 2001, Anschlag auf das World Trade Centre in USA) sprechen die Tonganer inzwischen vom 11/16, wenn sie sich auf die Unruhen beziehen. (*Flash d'Océanie* 22.04.09, *Matangi Tonga online*, Dossier Nr. 90 der Pazifik-Infostelle)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Frankreich entschädigt Opfer von Atomwaffentests

Frz.-Polynesien: Der französische Verteidigungsminister Hervé Morin hat die „Fehler der Vergangenheit“ eingestanden und damit zumindest indirekt die Verantwortung des französischen Staates für die Opfer der Atomtests in der Sahara (Algerien) und in Französisch-Polynesien übernommen. „Es ist Zeit, dass Frankreich mit sich ins Reine kommt“, erklärte der Verteidigungsminister, dessen Vorgänger stets die Schuld der Regierung an dem Leiden der Arbeiter auf den Testgeländen von sich gewiesen hatte.

Rund 150.000 Menschen haben die Atombombentests in der Sahara und auf den Atollen Moruroa und Fangataufa aus der Nähe miterlebt. Mitgerechnet sind bei dieser Zahl nicht die Einheimischen, die von den Auswirkungen der Atombombenversuche genauso betroffen waren wie die offiziellen Angestellten der Atomenergie-Kommission auf z.B. dem Moruroa-Atoll. Diese Angestellten sowie die ehemaligen Wehrpflichtigen der französischen Armee, die bei den Tests zu Ehren der „Grande Nation“ zuschauen mussten, sollen nun für die ge-

sundheitlichen Spätfolgen entschädigt werden. Morin wird einen entsprechenden Gesetzesentwurf in die französische Nationalversammlung einbringen. Er will zunächst zehn Millionen Euro für die Atomtestveteranen und ihre betroffenen Familienangehörigen zahlen, wobei die Einheimischen, die nicht offiziell in irgendeiner Funktion mit den Tests in Verbindung standen, von den Entschädigungszahlungen ausgeschlossen bleiben.

Viele ehemalige Atomtestveteranen sind bereits an den Folgen ihrer radioaktiven Verstrahlung gestorben, viele der noch Lebenden leiden seit Jahrzehnten an Leukämie (Blutkrebs) oder anderen Krebsarten. Bisher mussten die Atomtestopfer einen Zusammenhang zwischen ihrer Erkrankung und den Atomtests nachweisen, künftig muss nun die französische Armee belegen, dass es keinen solchen Zusammenhang gibt.

Wie hoch die Entschädigung für den einzelnen Betroffenen ausfällt, wird von Fall zu Fall entschieden, erläuterte Morin. Grundlage für die Entscheidung, ob eine Erkrankung die Spätfolge der Tests ist, ist eine Liste der Vereinten Nationen. Die Liste dieser UNO-Behörde namens UNSCEAR (United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation) beinhaltet alle Krankheiten, die auf eine radioaktive Verstrahlung zurückgeführt werden könnten. Jeder einzelne Fall werde von einem unabhängigen neunköpfigen Team aus Atomphysikern und Medizinern einer Prüfung unterzogen, erklärte Morin. Dem medizinischen Team säße ein Richter vor.

Die zehn Millionen Euro sollen als Anschubfinanzierung eines Entschädigungsfonds dienen, der nach Ablauf eines Jahres weiterhin aus dem Etat des französischen Verteidigungsministeriums bestritten werden soll, sagte Morin im Gespräch mit der renommierten französischen Zeitung „Le Figaro“.

Als Reaktion auf die Ankündigung Morins hat die tahitianische Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e tatou“ unter Präsidentschaft des Polynesiers Roland Oldham sofort die Klage von acht Atomtestopfern vor Gericht eingereicht. Die acht ehemaligen Arbeiter des „Centre d'Expérimentations du Pacifique“ (CEP) auf Moruroa hatten einen Monat nach Morins Ankündigung am 27. April vor dem Arbeitsgericht in Papeete, der Hauptstadt von Französisch-Polynesien, auf Entschädigungszahlungen in Höhe von 200.000 US-Dollar pro Person für ihre Leukämieerkrankungen geklagt. Dabei konnten nur drei der Arbeiter persönlich vor Gericht erscheinen, die anderen fünf sind bereits an ihrer Krebserkrankung gestorben und wurden durch ihre Angehörigen bzw. durch Mitarbeiter von „Moruroa e tatou“ vertreten. Nach einem zehnstündigen Verhandlungsmarathon am Eröffnungstag des Prozesses hatte sich die Vorsitzende Richterin Sandrine Zientra entschlossen, die Entscheidung auf den 25. Juni zu vertagen.

Der Anwalt der Opfer, Maître Jean-Paul Teissonnière, hatte seine Argumentation vor allem auf die Ungleichbehandlung der Betroffenen gestützt. Es sei nicht gerecht, französische (d.h. aus dem Mutterland stammende) ehemalige Angestellte zu entschädigen und diese Entschädigungen der einheimischen Bevölkerung vorzuenthalten. Einer der Gründe für diese Ungleichbehandlung liegt im unterschiedlichen Rechtssystem begründet, dasjenige in Frankreich weicht von dem in den französischen Überseegebieten geltende Recht in wichtigen Punkten ab.

Der Prozess im Arbeitsgericht hatte hochrangige Zuschauer. Neben rund 350 Angehörigen und Mitgliedern von „Moruroa e tatou“ hatten auch der Präsident von Französisch-Polynesien, Oscar Temaru (selbst ehemaliger Arbeiter auf dem Moruroa-Atoll), sowie Mitglieder der Territorialregierung den Weg ins Gericht gefunden. Auch zahlreiche Pfarrer der

evangelischen „Eglise Protestante Maohi“ waren zur Unterstützung der Kläger in den Gerichtssaal gekommen. Dem Antrag der Atomtestveteranen auf eine Live-Übertragung des Prozesses im Lokalfernsehen war nicht stattgegeben worden, doch durften Medienvertreter den Prozess beobachten.

Die Nichtregierungsorganisation „Moruroa e tatou“ hatte sich für diese acht Fälle entschieden, da die bestimmte Art der Leukämie, an der die Arbeiter leiden/litten, auf der Liste der Vereinten Nationen verzeichnet ist und sich die NGO so große Erfolgsaussichten für die Klage ausrechnete. Bereits in der Vergangenheit war es der französischen Partnerorganisation AVEN (Association des Vétérans des Essais Nucléaires) im Mutterland vor dem Pariser Arbeitsgericht gelungen, genau mit dieser Art von Leukämie Prozesse gegen die französische Armee zu gewinnen. Sieben ehemaligen französischen Testarbeitern war eine Rente zugestanden worden, bei acht anderen Personen hatte das Gericht einen Zusammenhang zwischen ihrer Erkrankung und den Atomtests offiziell bestätigt. Die Armee musste den Betroffenen daraufhin Schmerzensgeld in Höhe zwischen 300 und 350.000 € zahlen.

„Moruroa e tatou“ hat bereits 222 Klagen von Atomtestveteranen vorbereitet und als so genannte „Dossiers“ aufgearbeitet (Anmerkung der Redaktion: Einige dieser Dossiers liegen der Pazifik-Infostelle in verkürzter und anonymisierter Form vor). 146 von den 222 Klägern sind bereits verstorben. Die Klagen sollen nun nach und nach bei der Vorsorgekasse (Caisse de prévoyance sociale) und später dann beim Arbeitsgericht eingereicht werden.

Info: Frankreich hat zunächst in der Wüste Sahara in der damals noch französischen Kolonie Algerien Atombomben getestet. Nach der Unabhängigkeit Algeriens hatte das Land seine Tests ab 1966 in das französische Überseedepartement Französisch-

Polynesien verlegt. Insgesamt hat Frankreich zwischen dem 13. Februar 1960 und dem 27. Januar 1996 210 Atombombenversuche durchgeführt, die meisten davon unterirdisch im Kalkgestein des pazifischen Atolls Moruroa.

„Moruroa e tatou“ wurde 2001 gegründet. Die Nichtregierungsorganisation wird in Französisch-Polynesien finanziell unterstützt von der „Eglise Protestante Maohi“, der evangelischen Kirche der Polynesier. Im Verwaltungsgelände der Kirchenleitung am Boulevard Pomare in Papeete unterhält die NGO ein Büro für den Koordinator John Doom. Zurzeit hält sich auch der Franzose Bruno Barrillot in Tahiti auf. Der 69-jährige Wissenschaftler des „Centre de Documentation et de Recherche sur la Paix et les Conflits“ aus Lyon gilt weltweit als DER Experte für die Spätfolgen der Atomtests in Französisch-Polynesien. Er arbeitet u.a. ehrenamtlich als Berater für die inzwischen 4.768 Mitglieder der Atomtestveteranenvereinigung.

(Oceania Flash 24.03.09, Süddeutsche Zeitung 25.03.09, Tahitipresse online 24.03.09, 25.03.09, 21.04.09, 27.04.09, Dossier de presse von „Moruroa e tatou“, Info Presse der Eglise Protestante Maohi, Réforme 02.04.09)

Koalition Temaru-Flosse zerbricht, neue Allianz mit Tong Sang

Frz.-Polynesien: Die erst seit Mitte Februar bestehende Regierungskoalition zwischen Oscar Temarus „Union pour La Démocratie“ (UPLD), Gaston Flosses „Tahoeraa Huiraatira“ und Jean-Christophe Bouissous „Rautahi“ ist nach nur zwei Monaten zerbrochen.

Die Krise begann Mitte März, als Temaru mit seiner Regierungsdelegation von einer Arbeitsreise nach Paris zurückkehrte. Während Temaru und seine Minister ihre Verhandlungen mit der französischen Regierung als Erfolg präsentierten, drückte Flosse in einer Presseerklärung seine Enttäuschung über Temarus Regie-

rung aus und meinte, die Reise sei eine reine PR-Maßnahme gewesen und hätte keinerlei substantielle Ergebnisse erbracht. In den folgenden Wochen häuften sich ähnliche kritische Kommentare von Flosse. Während damit die Unstimmigkeiten in der Regierungskoalition immer offensichtlicher wurden, zeigten sich Oppositionsführer Gaston Tong Sang und seine Partei „To Tatou Ai'a“ auffallend unkritisch gegenüber Temaru und Tong Sang erklärte am 31. März seine Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit mit Temaru.

Temaru versuchte zunächst, dies zu ignorieren und Flosses Kritik herunterzuspielen, doch Anfang April sah er sich zunehmend genötigt, etwas zu unternehmen, um seine Koalition zusammenzuhalten. Vor dem Hintergrund der anstehenden Neuwahl des Versammlungspräsidenten forderte Temaru Flosse auf, sich der Koalitionsmehrheit unterzuordnen und seine Kritik einzustellen oder von seinem Abgeordnetenposten zurückzutreten, andernfalls werde die UPLD Flosses Schwiegersohn Fritch nicht in seinem Amt als Versammlungspräsident bestätigen. Gleichzeitig begann der Präsident mit Oppositionsführer Tong Sang über eine mögliche Formierung einer Einheitsregierung zu verhandeln. Flosse regierte darauf mit Empörung und rief eine Sondersitzung seines Parteivorstands ein, in der am 7. April die Entscheidung getroffen wurde, Temarus Regierung zu verlassen und in die Opposition zu gehen. Gleichzeitig übte Flosse starke Kritik am Verhalten Tong Sangs, den er beschuldigte, im Auftrag der französischen Regierung die Koalition der beiden bisherigen Sarkozy-Kritiker Flosse und Temaru zu spalten.

Temaru verständigte sich dennoch mit Tong Sang auf die Bildung einer neuen Koalition, und am 9. April wurde Philip Schyle mit einer überwältigenden Mehrheit von 40 Stimmen, gegen nur 14 für Fritch, zum neuen Präsidenten der Versammlung gewählt. Der Koalitionswechsel Temarus war allerdings in seinen

eigenen Reihen nicht unumstritten. Mehrere UPLD-Mitglieder äußerten ihre Gegnerschaft zu Tong Sang, den sie wie Flosse der Kollaboration mit Frankreich beschuldigten, und bei der Abstimmung stimmten zwei UPLD-Abgeordnete entgegen ihrer Fraktionsanordnung für Fritch, während sich zwei weitere der Stimme enthielten.

In den folgenden Tagen bemühte sich Temaru, eine Einheitsregierung unter Einschluss aller Parteien zu bilden. Flosses Tahoeraa verweigerte sich diesem Anliegen jedoch und beharrte darauf, in der Opposition zu bleiben. Am 17. April stellte Temaru sein neues Kabinett vor. Es umfasst neben den sieben Amtsinhabern der UPLD und zwei der vorher drei Minister von Bouissous Rautahi fünf neue Minister von Tong Sangs To Tatou Aia (die meisten waren bereits Minister in Tong Sangs früheren Regierungen).

Zwei Minister der Tahoeraa, Teva Rohfritsch und Frédéric Riveta, weigerten sich, den Anordnungen der Parteiführung Folge zu leisten und behielten ihre Ministerposten, woraufhin der Tahoeraa-Vorstand ihre Mitgliedschaft suspendierte. Dieses autoritäre Vorgehen schadete Flosse aber mehr als es ihm nützte, denn der bislang Flosse gefolgsame Bruno Sandras, Abgeordneter Französisch-Polynesiens in Paris, trat daraufhin aus Protest aus der Partei aus, und selbst der bis dahin seinem Schwiegervater treu verbundene Fritch forderte am 24. April Flosse zum Rückzug in den Ruhestand auf, damit sich die Tahoeraa zu einer modernen und weniger autoritären Partei erneuern könnte.

Diese erneute Veränderung der politischen Landschaft Tahitis innerhalb weniger Monate zeigt einmal mehr, dass die politische Instabilität des Landes weiterhin andauert und politische Ideologien immer mehr gegenüber dem Opportunismus der Politiker in den Hintergrund treten. *(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahitipresse, Tahiti-Pacifique)*

Proteste gegen geplanten Hotelbau an heiligem Ort

Frz.-Polynesien: Am 21. März versammelten sich etwa 1.500 tahitische Aktivisten und Sympathisanten in Tataa, dem Nordwestkap von Tahiti an der Grenze zwischen den Gemeinden Faa und Punaauia, um eine traditionelle religiöse Zeremonie abzuhalten und damit die Heiligkeit des Ortes zu bestätigen. In der traditionellen Religion Tahitis ist die Landspitze Tataa der Sammlungspunkt, von dem die Seelen der Verstorbenen zu ihrer Reise ins Jenseits aufbrechen, und damit einer der kulturell wichtigsten Orte der gesamten Insel. Ähnliche Glaubensvorstellungen finden sich überall in Polynesien, und Nordwestkaps haben auf fast jeder Insel eine vergleichbare Funktion, wie beispielsweise Fatuosofia auf Upolu (Samoa), Ka'ena Point auf O'ahu (Hawai'i) oder Cape Reinga auf der Nordinsel Neuseelands. Während letztgenannte Orte unter Natur- bzw. Denkmalschutz stehen, wurde Tataa von einer Hotelkette aufgekauft, die bereits in unmittelbarer Nähe des heiligen Ortes seit mehreren Jahrzehnten ein Luxushotel betreibt und nun plant, dieses auf dem Gelände von Tataa zu erweitern. Im Zuge des allgemeinen Wiedererwachens der traditionellen polynesischen Religion hatte sich bereits letztes Jahr eine Bürgerinitiative zum Schutz von Tataa organisiert, die hauptsächlich von Anhängern der alten tahitischen Religion getragen wurde. Das Anliegen, den heiligen Ort zu schützen, wird aber auch von vielen anderen Polynesiern unterstützt, die nicht notwendigerweise die alte Religion praktizieren. Alle an der Zeremonie Beteiligten forderten die Landesregierung auf, Tataa umgehend unter Denkmalschutz zu stellen und damit den Ausbau des Hotels zu verhindern. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahitipresse, Tahiti-Pacifique)

Klimawandel-Aktionswoche

Frz.-Polynesien: Vom 22. bis zum 25. April hat das Umweltministerium im Rathaus von Papeete eine Klimawandel-Aktionswoche durchgeführt. Während der dreitägigen Veranstaltung gab es Filmvorführungen, Workshops und Expertenvorträge für die Öffentlichkeit. Zur „Semaine de l'eau et des changements climatiques“ hatte Umweltminister Georges Handerson auch Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation „Alofa Tuvalu“ aus Tuvalu eingeladen, die sich mit den Folgen des Klimawandels für Tuvalus Inseln beschäftigen und weltweit Lobbyarbeit gegen die Auswirkungen des Klimawandels betreiben. Während der Aktionswoche stellte Handerson auch die Anfang April ins Leben gerufene parlamentarische Arbeitsgruppe zum Klimawandel vor. Zum „Réseau Changements Climatiques Polynésie“ (Polynesisches Klimawandel-Netzwerk) gehören auch Vertreter aus Wissenschaft, Behörden, der Wirtschaft und Privatleute. (Tahiti Presse 20.04.09, <http://www.alofatuvalu.tv/>)

Studentenvereinigung gegründet

USA: Studierende aus Französisch-Polynesien haben im Januar des Jahres in New York die Studentenvereinigung AEPF-USA gegründet (Association des étudiants de Polynésie française). Es handelt sich um die zehnte derartige Selbsthilfegruppe von Studierenden und die erste außerhalb Frankreichs. Bisher haben sich acht Studierende aus New York zusammengetan. Die Gruppe sucht nun nach weiteren Studenten aus Französisch-Polynesien in anderen amerikanischen Städten. Ziel ist die Vernetzung der einzelnen Studierenden und die Unterstützung im Uni-Alltag. Auch Hilfe bei Behördengängen, Arztbesuchen und Stipendienvergabe wird zugesagt. Nicht zuletzt sollen die Kultur und die Traditionen der Polynesiern auch in Amerika gepflegt werden, wie die Sprecherin

der AEPF-USA mitteilte. Man plane Unterrichtskurse in der einheimischen Sprache „Reo Maohi“, im Tamure-Tanz und im Spiel auf der Ukulele, hieß es weiter. Als erste Veranstaltung hatte die AEPF-USA zu einem Skiausflug nach Tannersville (Pennsylvania) eingeladen. (<http://www.aepf-usa.org/blog/>, Tahiti Presse 06.04.09)

HAWAII

Oberstes US-Gericht urteilt gegen OHA

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten in Washington hat am 31. März in dem seit 1994 auf verschiedenen Ebenen verhandelten Rechtsstreit um den Verkauf des hawaiischen Kron- und Regierungslandes zugunsten der Regierung des US-Bundesstaates Hawaii und gegen das staatliche „Office of Hawaiian Affairs“ (OHA) entschieden. Unterstützt von mehreren privaten hawaiischen Nebenklägern, hatte OHA die Bundesstaatsregierung verklagt und eine einstweilige Verfügung verlangt, um die Bundesstaatsregierung daran zu hindern, Teile dieser Ländereien zu verkaufen.

Im Januar letzten Jahres hatte der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates in Honolulu entschieden, dass die Bundesstaatsregierung so lange keine dieser Ländereien verkaufen darf, bis eine Einigung mit den einheimischen Hawaiiern über den Status dieser Länder erreicht ist. Das lokale Gericht hatte sich in diesem Urteil auf ein 1993 vom US-Kongress beschlossenes Gesetz berufen, in dem sich die US-Regierung für die Invasion des Inselstaates durch ihre Truppen in Jahre 1893 bei den einheimischen Hawaiiern entschuldigte. Die Bundesstaatsregierung unter Gouverneurin Lind Lingle und ihrem Generalstaatsanwalt Mark Bennet hatte dagegen vor dem Obersten US-Gericht Berufung eingelegt. Der Washingtoner Gerichtshof entschied einstimmig, dass das 1993 beschlossene Ge-

setz nur symbolische Bedeutung habe und dadurch der Landbesitztitel der Bundesstaatsregierung nicht in Frage gestellt werden könne. Die endgültige Entscheidungsfindung wurde an den Obersten Staatsgerichtshof in Honolulu zurückverwiesen, allerdings dürfe dieser dabei nur Gesetze des Staates und keine US-Bundesgesetze heranziehen.

Bei den in Frage kommenden Ländereien handelt es sich um die Kron- und Regierungsländer des Hawaiischen Königreichs, die 1893 im Zuge der US-Invasion von einer lokalen Marionettenregierung beschlagnahmt, dann 1898 an die USA übergeben und 1959 an den neugegründeten US-Bundesstaat Hawai'i übertragen wurden. Der Washingtoner Gerichtshof behauptete in seinem Urteil, dass die USA 1898 einen rechtsgültigen Besitztitel für diese Ländereien erwarben, und damit der Bundesstaat Hawai'i seit 1959 rechtlich einwandfreier Besitzer der Ländereien ist.

In einem Kommentar wies der hawaiische Politikwissenschaftler Dr. Keanu Sai allerdings darauf hin, dass das Urteil nicht auf einer soliden Rechtsanalyse, sondern vielmehr auf politischen Erwägungen basiert. Da es 1898 keinen Annexionsvertrag zwischen Hawai'i und den Vereinigten Staaten gab, sondern statt dessen einseitig ein US-Gesetz zur Annexion Hawaiis beschlossen wurde, handle es sich um eine juristische Fiktion, die vom Obersten Gerichtshof der USA wider jegliche Logik der Jurisprudenz aufrecht erhalten wurde, um das Weiterbestehen der US-Herrschaft über Hawai'i zu sichern. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Star-Bulletin, Honolulu Advertiser)

ten zu ihrem fünfzigjährigen Bestehen. Am gleichen Tag im Jahr 1959 hatte der US-Kongress beschlossen, Hawai'i zum fünfzigsten Bundesstaat der USA zu machen. Im Juni desselben Jahres wurde dies in einer Volksabstimmung bestätigt und am 21. August 1959 wurde Hawai'i formell zum Bundesstaat erklärt. Die Feier, zu der praktisch alle Vertreter der politischen Elite Hawai'is sowie einige hundert Publikums-gäste anwesend waren, fand im Plenarsaal des Staatsparlaments statt. Gouverneurin Linda Lingle, mehrere ehemalige Gouverneure und zahlreiche Parlamentarier lobten die Erfolge ihrer Regierung und ein Sprecher meinte, der Geburtsstaat des amtierenden US-Präsidenten sei ein Modell für Amerika. Im Hof des Parlamentsgebäudes hatten sich dagegen etwa 50 Demonstranten versammelt, die hawaiische Flaggen trugen und mit auf ihre Kleidung genähten Buchstaben die Worte „Fake State“ („gefälschter Staat“) und „A History of Lies“ („Eine Geschichte von Lügen“) bildeten.

Lynette Cruz, Organisatorin der Proteste, meinte, die Tatsache dass es keinen Annexionsvertrag gibt, mache den US-Bundesstaat Hawai'i zu einer Pseudo-Konstruktion ohne juristische Grundlage, die nur dazu diene, die illegale Besatzung Hawai'is durch die USA zu vertuschen. Anstatt des damals versprochenen Wohlstands und Fortschritts habe der Bundesstaat durch Masseneinwanderung aus Amerika, Aufrüstung der US-Militärbasen und massiven Ausbau des Massentourismus nur Armut und Elend für die einheimische Bevölkerung gebracht.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Eigene Beobachtung der Veranstaltung, Honolulu Star-Bulletin, Honolulu Advertiser)

hat vor der Küste Hawai'is entdeckt, dass Tiefseekorallenkolonien in 500 Meter Tiefe mehr als 4.000 Jahre alt werden können. Die bisherigen Altersschätzungen für Korallenkolonien lagen bei Zeiträumen zwischen 500 und maximal 3.000 Jahren, berichten die Wissenschaftler in ihrem Aufsatz „Extreme longevity in protei-naceous deep-sea corals“ im Fachmagazin PNAS (Proceedings of the National Academy of Sciences).

Tiefseekorallen wachsen nur vier Mikrometer pro Jahr, das sei ein Grund für die lange Lebensdauer, erklärten die Meeresbiologen.

Das Forscherteam hatte mit U-Booten Korallenstücke für ihre Forschung entnommen. Untersucht wurden *Korallen der Gattung Gerardia* und *Leiopathes*, die beide mehrere Meter hoch wachsen können. Mit der Radiokarbonmethode hatten die Experten das Alter einiger Polypen von der Korallenbasis bis zu den Spitzen untersucht und miteinander verglichen. Aus der Altersdifferenz und der Größe der Korallen wurde dann errechnet, wie schnell die Tiere wachsen. Die ältesten *Leiopathes*-Stücke wiesen ein Alter von 4.265 Jahren auf, die Stücke der Gattung *Gerardia* immerhin noch 2.742 Jahre.

Das Forschungsprojekt wurde finanziert von der „National Science Organisation“ und der „National Oceanic and Atmospheric Organisation“ (NOAA). Zu dem Team unter Leitung von Professor Roark gehörten auch Wissenschaftler der University of California-Santa Cruz und der Australian National University.

(<http://tamunews.tamu.edu/archives/article.php?articleid=7480&month=3&year=2009>, Presstext Austria 25.03.09)

50. Jahrestag der Erklärung zum US-Bundesstaat führt zu Protesten

Am 18. März beging die Regierung des US-Bundesstaates Hawai'i den Auftakt der Feierlichkei-

4.000 Jahre alte Korallenkolonie entdeckt

Ein amerikanisches Forscherteam um Professor Brendan Roark von der Texas A&M University (Abteilung „Geosciences“)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Clark in hohes UNO-Amt gewählt

Die ehemalige neuseeländische Premierministerin Helen Elizabeth Clark ist zum 1. April 2009 einstimmig zur Leiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) gewählt worden. Die 59-Jährige ist Nachfolgerin des Türken Kemal Dervis, der sein Amt bereits vor Ablauf der vierjährigen Amtszeit aus persönlichen und familiären Gründen niederlegte.

Mit ihrem neuen Job übernimmt Clark das dritthöchste Amt der Vereinten Nationen. Sie setzte sich bei der Wahl durch die UN-Generalversammlung gegen mehrere, von der US-amerikanischen Regierung favorisierte Kandidaten durch.

Clark begann ihre politische Karriere nach ihrem Studium der Geschichte und Politik an der Universität von Auckland als „Minister of Housing and Conservation“, wurde dann Gesundheitsministerin und später Vize-Premierministerin. Von Dezember 1999 bis November 2008 war sie die 37. Premierministerin Neuseelands.

Clark hat ihr Amt Ende April angetreten. Sie wurde zunächst für vier Jahre gewählt. (*Pressemitteilung UNDP 31.03.09, Flash d'Océanie 27.02.09*)

† Percy Marunui Murphy

Der erste einheimische Bürgermeister einer Kleinstadt nahe der „Bay of Plenty“ auf der neuseeländischen Nordinsel ist tot. Der Maori Percy Marunui Murphy starb mit 81 Jahren Anfang Mai in Rotorua. Murphy hatte als 16-jähriger im Zweiten Weltkrieg in Italien gekämpft, wo ihm nach einer schweren Verletzung sein rechtes Bein amputiert werden musste. 1960 war er als erster Einheimischer zum Bürgermeister der Kleinstadt Murupara gewählt

worden. Das Mandat hielt er über drei Amtszeiten bis 1969. Seitdem hatte sich Murphy einen Ruf als Berater bei innertribalen Auseinandersetzungen erworben. Der hochrangige Titelträger des Ngati Manawa-„Stammes“ war neuseelandweit bekannt für seinen Einsatz für Frieden und Versöhnung zwischen den Maori und den Weißen.

Murphy hinterlässt seine Frau Martha, sechs Kinder, fünf Enkelkinder und 24 Urenkel. (*NZ Herald 05.05.09*)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Wahlergebnis ist ein „Wahl- Fiasko“

Indonesien: Die englischsprachige indonesische Tageszeitung „The Jakarta Post“ berichtete unter der Schlagzeile "Election Fiasco" (Wahl-Fiasko) über das Ergebnis der indonesischen Parlamentswahlen vom 9. April 2009. Offenbar ist es der Wahlkommission gelungen, in letzter Minute den vorgesehenen Termin für die Veröffentlichung des amtlichen Wahlergebnisses einzuhalten. In den späten Abendstunden des 9. Mai trat der Vorsitzende der Wahlkommission vor die Kameras und gab offiziell bekannt, was durch Zwischenergebnisse und Prognosen längst bekannt war:

Nur neun von insgesamt 38 Parteien haben den Sprung über die 2,5 % Hürde geschafft und teilen sich die 560 Sitze im nationalen Parlament. Von den 171 Millionen Wahlberechtigten konnten 121,6 Millionen ihre Stimme abgeben, allerdings erwiesen sich 17,5 Millionen Stimmen als ungültig.

Warum haben 50 Millionen Wahlberechtigte, ein knappes Drittel, nicht gewählt? Diese Frage führte zu heftigen Reaktionen, bis hin zu einer juristischen Anfechtung des Wahlergebnisses. Denn ein gro-

ßer Teil dieser Nichtwähler konnte deshalb nicht wählen, weil ihr Name nicht in den Wählerverzeichnissen auftauchte. Die Wählerverzeichnisse sind - in einigen Fällen sogar bewusst - äußerst schlampig erstellt worden.

Über die andere Frage, warum fast 15% der abgegebenen Stimmen ungültig sein sollen, kann man nur spekulieren. Liegt es am komplizierten Wahlsystem, an der Menge der Stimmzettel, Parteien und Kandidaten? Es wurden ja nicht nur das nationale Parlament, sondern auch die Provinz- und Kreisparlamente gewählt. Oder ist hier manipuliert worden?

Als stärkste Partei ist die Demokratische Partei des derzeitigen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono mit 20,8 % der Stimmen aus den Wahlen hervorgegangen. Zweitstärkste Partei ist die frühere Staatspartei GOKAR mit 14,4 %, drittstärkste die Partei der früheren Staatspräsidentin Megawati Sukarnoputri (PDI-P) mit 14,0 %.

Vier der übrigen kleineren Parteien (8 % bis 4 %) sind eher im muslimischen Bereich anzusiedeln, zwei sind ultranationalistisch (4,4 % und 3,7 %). Die 29 an der 2,5 % Hürde gescheiterten Parteien haben insgesamt 19 Millionen Wähler hinter sich bringen können. Das Ergebnis muss übrigens noch von den Parteien per Unterschrift anerkannt werden.

Für die meisten Indonesier ist die Wahl nur eine Art „Vorwahl“ für die Wahl des Staatspräsidenten, der am 8. Juli 2009 in direkter Wahl vom Volk gewählt werden soll. Zurzeit wird über die Kandidaten spekuliert, die zur Präsidentenwahl antreten werden. Die größten Chancen werden dem jetzigen Präsidenten eingeräumt, der sich auch zur Wahl stellen wird. Der Wahlerfolg seiner Partei ist für ihn ermutigend.

Über die Wahlergebnisse in Westpapua ist noch nichts bekannt. Für die Provinz- und Kreisparlamente gab es keine 2,5

% Hürde. Hier haben eher bekannte Persönlichkeiten die Wählerstimmen auf sich gezogen. (Artikel von Pfr. Dr. Siegfried Zöllner, Westpapua-Netzwerk, <http://www.Westpapua-netzwerk.de>)

USA unterstützt Westpapua

Westpapua: Bei einem Treffen im Außenministerium versicherte die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton dem amerikanisch-samoanischen Kongressabgeordneten Faleomavaega Eni Hunkin, dass sich die amerikanische Regierung für größere Autonomie der indonesischen Provinz Westpapua einsetzen werde. Clinton hatte sich direkt an den (nicht-wahlberechtigten) Kongressabgeordneten gewandt, weil der Demokrat Hunkin sich stark für die Rechte der indigenen Papua engagiert und im amerikanischen Kongress als Ansprechpartner für Westpapua gilt. Der 66-jährige Hunkin forderte die Regierung unter Obama auf, den politischen Status von Westpapua einer Revision zu unterziehen und zu überprüfen, inwieweit die indonesische Regierung das Autonomiegesetz bereits in die Praxis umgesetzt habe. Hunkin bat auch darum, dass die amerikanische Regierung sich um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Indonesien bemühe. Clinton erklärte, die USA wolle Westpapua im „gewissen Grad“ bei seinen Autonomiebestrebungen unterstützen. Zwar sei die Provinz ein integraler Bestandteil des Staates Indonesien, doch verdiene die Bevölkerung ein gewisses Maß an Unterstützung, Respekt und Wahrung der Menschenrechte. (Radio NZI 23.04.09, <http://bioguide.congress.gov/scripts/biodispl ay.pl?index=F00010>)

Erinnerung an Arnold Ap

Niederlande: Am 25. April fand in der Laak-Kirche im Laakviertel von Den Haag eine Veranstaltung zur Erinnerung an die Ermordung von Arnold Ap und seinem Freund Eduard Mofu vor 25 Jahren statt.

Die Witwe von Arnold Ap, Corry Ap, die seit dem Tod ihres Mannes in den Niederlanden lebt, eröffnete die Veranstaltung. Vier Söhne sangen zur Gitarre Lieder der Gruppe „Mambesak“, die Ordek Ap, der älteste Sohn von Arnold, in den Niederlanden gegründet hat. Kerzen wurden angezündet im Gedenken an Ap und Mofu und an viele unbekanntes Opfer. Die kleine Kirche war voll, viele Freunde Westpapas waren gekommen. Pfarrer Frank Hubatka hielt eine Meditation zum Buch Ruth und zur Geschichte der Emmausjünger und betonte darin die messianische Hoffnung, die über den Tod hinaus reicht. Es wurden einige Gedichte vorgelesen, die von Papuas aus Anlass der Ermordung von Ap und Mofu geschrieben worden waren.

Der am 1. Juli 1945 geborene Arnold Ap war in den 1980-iger Jahren Dozent für Anthropologie und Direktor des Museums der Cenderawasih Universität (Jayapura) in Westpapua, das damals noch Irian Jaya genannt wurde. Pfarrer Frank Hubatka war zeitgleich Dozent für Theologie und Anthropologie an der Theologischen Hochschule in Jayapura. Er war mit Arnold Ap eng befreundet und arbeitete mit ihm zusammen.

Der Musiker Arnold Ap hatte im lokalen Radiosender von Jayapura einmal wöchentlich Gelegenheit, Lieder aus verschiedenen Regionen Papuas vorzustellen. So konnte er vielen Papua eine neue Wertschätzung der eigenen Kultur vermitteln. Dadurch gelang es ihm, ein übergreifendes Bewusstsein von Papua-Identität zu schaffen und die Gegensätze zwischen den unterschiedlichen Stämmen zu überbrücken. Damals konnten die Papua ihre Gefühle nur in der Musik ausdrücken. Seine Freunde sagen noch heute: „Er hat die Papua geeint.“ Eines seiner Lieder endete mit dem Refrain: „Nur eines wünsche ich und sehne mich danach – das ist Freiheit.“ Damit hatte er einen politischen Ton angeschlagen. Es ist nicht verwunderlich, dass er mit seinen Eigenkompositionen

und dem großen Einfluss, den er damit ausübte, das Misstrauen der indonesischen Machthaber weckte. Anfang der 80er Jahre wurde er mehrfach verhört. Als die indonesische Regierung glaubte, sie könnte ihm eine Verbindung zur Unabhängigkeitsbewegung OPM (Organisasi Papua Merdeka) nachweisen, war sein Todesurteil besiegelt.

Am 26. April 1984 wurde Arnold Ap von Kopassus-Soldaten in der Nähe von Jayapura erschossen. Tage zuvor war er noch im Gefängnis von Jayapura gesehen worden. Dort wurde er seit dem 30. November 1983 gefangen gehalten. Später wurde erzählt, dass man ihm, seinem Freund Eddie Mofu und einigen anderen Insassen des Gefängnisses gesagt habe, sie könnten das Gefängnis verlassen. Draußen wurden sie dann liquidiert. Es sollte so aussehen, als seien sie auf der Flucht erschossen worden. Inzwischen ist bekannt, dass der Mord in Jakarta angeordnet worden war.

Bis heute gilt Arnold Ap als der Begründer einer neu erwachten Identität der Papua. Er lebte den Papua vor, stolz auf ihre eigene Kultur zu sein. (Artikel von Pfr. Dr. Siegfried Zöllner, Westpapua-Netzwerk, <http://www.Westpapua-netzwerk.de>, <http://www.en.wikipedia.org>)

Westpapua eröffnet Tourismusbüro

Gelnhausen: Im Fürstlichen Palais „Meerholz“ in der Barbarosastadt Gelnhausen (Hessen) hat Anfang März das „Papua Promotion House Europe“ eröffnet. Zur Eröffnung war eigens eine Tanzgruppe aus Westpapua angereist. Hocharrangigster Gast der Einweihung war Gouverneur Barnabas Suebu aus Westpapua, der 2007 Träger des Preises „Hero of Environment“ des Londoner „Time Magazine“ war.

Suebo unterzeichnete eine Vereinbarung über die hessisch-papuanische Zusammenarbeit gemeinsam mit dem hessischen

Minister für Bundesangelegenheiten, Michael Boddenberg von der CDU.

Die indonesische Regierung versteht das „Papua Promotion House Europe“ als europäische Handelsvertretung und will von dort aus europaweit Tourismus-Werbung und Wirtschaftsförderung betreiben. Gouverneur Suebo sagte, Papua sei an deutschen Maschinen und Technologien zur Erweiterung der Infrastruktur in der Provinz interessiert. Man plane den Bau eines Wasserkraftwerkes am Fluss Maberamo und den Bau eines Kanals. Der Gouverneur informierte sich auch über das Know-Hov von Windenergieanlagen und Druckmaschinen. (<http://www.gelnhausen.de>, HR-online 08.03.09)

Drohende Umweltkatastrophe durch Schwerölkraftwerke

Timor-Leste: Timor-Leste will für die landesweite Stromversorgung 400 Millionen US-Dollar für drei Kraftwerke ausgeben, die mit Schweröl befeuert werden. Für die Umsetzung des Projekts soll eine chinesische Firma beauftragt worden sein, die für die Stromerzeugung gebrauchte Motoren und Generatoren aus China verwenden will, die bereits 20 Jahre in Benutzung waren. Diese Technik wird als höchst umweltschädlich eingestuft, da der Transport von Schweröl, die Lagerung sowie die Verbrennung viele Gefahren beinhalten.

Die Bestrebung der Regierung, die landesweite Stromversorgung zu garantieren, ist ein wichtiges Ziel für die Entwicklung des Landes und stellt eine Verbesserung der Lebensqualität der Osttimoresen dar. Die Entscheidung für Schwerölkraftwerke wird jedoch schwerwiegende ökologische und ökonomische Auswirkungen für die heutigen und zukünftigen Generationen Timor-Lestes haben. La'o Hamutuk, eine in Dili ansässige NGO, weist auf Umweltschäden wie sauren Regen,

schwere Wasser- und Luftverschmutzung, giftige Abfälle und hohe Treibhausgasemissionen hin. Schwerölkraftwerke sind bekannt für ihre hohe Luftverschmutzung durch extrem giftige PCDD (Polychlorierte Dibenzodioxine) und PCDF (Polychlorierte Dibenzofurane), die über die Atmosphäre großflächig verteilt werden und andere Länder gefährden können, was eine lokale und internationale Bedrohung darstellt.

Durch den Import von Schweröl, auf den Timor-Leste angewiesen sein wird, besteht das Risiko von Öltankerunglücken, die langfristige Umweltschäden an Küsten verursachen und ökonomische Einflüsse auf Tourismus und Fischerei haben können.

Die australische Umweltorganisation „National Toxics Network“ (NTN) setzt sich intensiv mit Timor-Lestes Energieerzeugungsplänen auseinander und merkt an, dass angesichts des Klimawandels viele Länder jene Schwerölkraftwerke schließen oder auf Gas umrüsten, um ihre CO₂-Emissionen drastisch zu senken. Timor-Leste wird jedoch im Falle einer vollen Implementierung der Schwerölkraftwerke mehrere Jahrzehnte lang einen der höchsten CO₂-Fußabdrücke überhaupt haben.

Darüber hinaus würden die geplanten Kraftwerke mehr Energie als benötigt produzieren, was alternative Energieerzeugung aus eigenen Gas- und Ölvorkommen überflüssig machen würde, so La'o Hamutuk.

Mehrere Umweltorganisationen und NGOs in Timor-Leste haben das Vorhaben bereits scharf kritisiert und die Regierung zur Stellungnahme gezwungen. Präsident José Ramos-Horta äußerte im März 2009 sein Verständnis für die Besorgnis der Bevölkerung und versprach, ein unabhängiges Organ für eine Umweltverträglichkeitsprüfung zu beauftragen, um die Risiken des Projekts richtig einschätzen zu können. Darüber hinaus versicherte er der Be-

völkerung, dass die Umsetzung des Projekts noch nicht begonnen hätte. La'o Hamutuk bestätigte hingegen schon im Februar den Beginn der Landrodungsarbeiten in Hera - dem Ort, an dem das erste Schwerölkraftwerk geplant ist. (Artikel von Janina Pawelz, Deutsche-Osttimor-Gesellschaft.

Quellen: <http://www.etan.org>, <http://www.laohamutuk.org>, National Toxics Network Inc., *The Heavy Oil Power Deal: A Dark Cloud over East Timor's Bright Future*: [http://www.laohamutuk.org/Oil/Power/NTNH eavyOilMar09.pdf](http://www.laohamutuk.org/Oil/Power/NTNH%20eavyOilMar09.pdf) 6.5.09)

AUSTRALIEN

Ölpest an der Sunshine-Küste

Bei einem Unfall des Containerschiffes „Pacific Adventurer“ am 11. März vor der Sunshine Coast nördlich von Brisbane (Bundesstaat Queensland) sind 100.000 Liter Schweröl ausgetreten. Der 180 Meter lange Frachter war aus Hongkong kommend auf dem Weg nach Indonesien in den Zyklon „Hamish“ gekommen. Er hatte dabei 31 Frachtcontainer mit dem gefährlichen Düngemittel Ammoniumnitrat verloren. Die Container hatten sich durch die massiven Schiffsbewegungen aus ihren Verankerungen gerissen und den Tank mit dem Schweröl beschädigt, das dem Schiff als Kraftstoff dient. Das Öl verschmutzte Strände auf einer Länge von 60 Kilometern. Am schwersten betroffen waren die Nationalparks auf den Inseln Moreton und Brisbane. Hier leben viele Delfine, Pelikane und Schildkröten. Auch die Strände an der so genannten Sunshine Coast südlich von Perregion waren betroffen und wurden von den Behörden zum Katastrophengebiet erklärt.

Die Redaktion der „Pazifik aktuell“ erreichte bereits kurz nach der Katastrophe eine Email von in Brisbane lebenden Mitgliedern des Pazifik-Netzwerkes. Beide sind Mitglieder im „Moreton Island Protection Committee“, einer Nichtregierungsorganisation, die

praktische Schritte zum Erhalt des natürlichen Gleichgewichts auf der Sandinsel Moreton unmittelbar vor der Küste Brisbanes unternimmt: Unkrautvernichtung, Re-Vegetation, Müllbeseitigung und Umweltbildungsmaßnahmen. In ihrer E-Mail äußern die beiden Pazifik-Netzwerk-Mitglieder Entsetzen über das Ausmaß der Ölkatastrophe. Gemeinsam mit tausenden anderen freiwilligen Helfern waren die Beiden im Einsatz, um vom Öl verschmutzte Vögel zu säubern und Schildkrötennestler zu retten.

Die 31 Container aus dem Frachtschiff liegen vor der Küste nahe der Insel Stradbroke auf dem Meeresboden und könnten sich als Zeitbombe erweisen. Die „Australian Marine Conservation Society“ befürchtet, dass das gesamte Ökosystem der Sunshine Coast langfristig gefährdet werden könnte, wenn die Container mit den Düngemitteln undicht werden sollten.

Die Ölkatastrophe hat neben den Umweltschäden auch große Auswirkungen auf den Tourismus. Der Tourismusminister von Queensland, Desley Boyle, bezeichnete die Ölpest als „Tragödie“. Gerade die Sunshine Coast mit ihren paradiesischen Sandstränden „lebt“ vom Tourismus.

Die Premierministerin von Queensland, Anna Bligh, erklärte, man werde die Schiffseigner auf Übernahme der Reinigungskosten verklagen. Der Reederei Swire droht nach australischem Recht eine Strafe von einer Million Euro sowie eine Schadensersatzforderung durch den Bundesstaat Queensland in Höhe von 125 Millionen Euro.

(<http://www.amcs.org.au/>, *Australien Info Newsletter 14.03.09, PIR 13.03.09, ABC online, private Email aus Brisbane*)

Engere Zusammenarbeit mit Deutschland bei Klimaschutz

Deutschland und Australien wollen im Klimaschutz und beim globalen Schutz der biologischen

Vielfalt intensiver zusammenarbeiten. Das hat der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Matthias Machnig, mit der australischen Klimaschutzministerin Penny Wong und dem australischen Umweltminister Peter Garrett vereinbart. *„Australien hat bei der Vorbereitung des Welt-Klimagipfels Ende des Jahres in Kopenhagen eine wichtige Brückenfunktion zu den asiatischen Staaten wie China, Japan und Indien“*, sagte Machnig zum Abschluss seiner umweltpolitischen Gespräche in Australien.

Die von der Regierung unter Premierminister Kevin Rudd geplante Einführung eines Emissionshandelssystems ist für den deutschen Staatssekretär Machnig "ein gutes und wichtiges Signal" für die Verabschiedung eines umfassenden internationalen Klimaabkommens. *„Klimaschutz zeigt sich immer deutlicher als Innovationsmotor für Volkswirtschaften. Denn deren Wettbewerbsfähigkeit hängt künftig immer stärker von ihrer Energie- und Ressourceneffizienz ab. Die in Australien vorgesehenen Klimagasbegrenzungen wird Australien stärken und wird ebenso wenig zu einer Deindustrialisierung Australiens führen wie der europäische Emissionshandel in Deutschland“*, sagte Machnig.

Ein weiterer Schwerpunkt der bilateralen Gespräche war der Schutz der biologischen Vielfalt. Deutschland hat derzeit die Präsidentschaft für die UN-Konvention über die biologische Vielfalt inne. Eines der wichtigsten Ziele Deutschlands ist es dabei, bis zum Jahr 2010 ein internationales Rechtsregime gegen die weltweite Biopiraterie auszuhandeln. Australien hatte dazu in der Vergangenheit eine ablehnende Position, hat sich aber seit Antritt der Regierung Rudd in den Verhandlungen geöffnet. *„Wir sind es den artenreichen Entwicklungsländern schuldig, endlich einen sicheren Rechtsrahmen für eine Gewinnbeteiligung für die Nutzung ihrer biologischen Ressourcen zu schaffen“*, betonte Machnig. Der australische Um-

weltminister – und ehemalige Frontsänger der Gruppe „Midnight Oil“ – Peter Garrett sagte Machnig zu, dass Australien konstruktiv in die nächsten Verhandlungsrunden gehen werde und dabei auch rechtsverbindliche internationale Regelungen nicht mehr ausschließen werde.

Gegenstand der Gespräche war auch die geplante Einrichtung eines so genannten „Weltnaturrates“ - analog zum Weltklimarat IPCC. Dieses unabhängige Wissenschaftlergremium soll die Regierungen wissenschaftlich beim globalen Schutz der biologischen Vielfalt beraten. (*Pressemittteilung des Bundesumweltministeriums vom 27.02.09*)

Australien erhöht Entwicklungshilfe

Der australische Kämmerer Wayne Swan hat Mitte Mai den Haushalt 2009-2010 vorgestellt. Die weltweite Wirtschaftskrise hat zu einem Haushaltsdefizit in Höhe von 44 Milliarden US Dollar geführt. Swan betonte, dass Australien trotz der Krise seinem Versprechen treu bleibe, 0,5 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe aufzuwenden. So sollen die Entwicklungshilfegelder in diesem Jahr für Papua-Neuguinea und den Pazifik von 2,8 Milliarden US-Dollar auf 2,9 Milliarden US \$ ansteigen, erklärte der Kämmerer. Mit der Erhöhung der Zahlungen in den Pazifik wolle man die Einflüsse der weltweiten Rezession auf die Wirtschaft in den pazifischen Inselstaaten etwas abschwächen. Ziel sei es auch, mit weiteren pazifischen Staaten Partnerschaftsabkommen über Entwicklungshilfe (Partnerships for Development Agreements) abzuschließen, erklärte Swan.

In Papua-Neuguinea liegen die Schwerpunkte der Entwicklungshilfezahlungen in den Bereichen Bildung für Mädchen, Gesundheit und Sanitärwesen. Hier steigt das jährliche Budget von 306 Millionen US-Dollar auf 317 Millionen an. (<http://www.treasurer.gov.au/>, <http://www.budget.gov.au/>, *Radio Australia 13.05.09*)

Mit Fleischameisen gegen Aga-Kröten

Biologen aus Sydney planen, australische Fleischameisen als „biologische Waffe“ gegen die giftigen Aga-Kröten einzusetzen. Die Forscher haben entdeckt, dass Aga-Kröten die Gefahr nicht erkennen, wenn sich ein Heer der räuberischen Insekten nähert. Sie fliehen auch nicht, wenn die fleischfressenden Ameisen zum Angriff übergehen. Bemerkten die Kröten endlich die Gefahr für ihr Leben, können sie den wendigen Ameisen nicht schnell genug davonhüpfen.

Bisher sind Australier weitaus brutaler gegen die Aga-Krötenplage vorgegangen. So haben einige Gemeinden beispielsweise am 29. März einen „Krötensammel-Aktionstag“ („Toad Day Out“) durchgeführt, an dem tausende Kröten in Plastiktüten gesammelt und anschließend durch Einfrieren getötet oder mit Golf- und Kricketschlägern erschlagen wurden. Auch das Besprühen mit Kohlendioxid ist eine gängige Tötungsmethode. Die Australier ekeln sich zu Recht vor den großen Kröten. So hocken diese z.B. im Bundesstaat Queensland direkt vor den Haustüren, fressen Hunde- und Katzenfutter aus den draußen stehenden Fressnapfen und belagern Swimming-Pools in den Gärten.

Info: Die Aga-Kröte (*Bufo marinus*) ist eine Amphibienart aus der Gattung der Echten Kröten innerhalb der Familie der Kröten. Die mehr als ein Kilogramm schweren und bis zu 22 Zentimeter großen Kröten gehören zu den größten Froschlurchen der Welt. Aga-Kröten wurden in viele Regionen der Welt importiert, weil man lange Zeit der Auffassung war, dass diese Amphibienart bei der Bekämpfung landwirtschaftlicher Schädlinge erfolgreich eingesetzt werden könnte. So fanden erste Ansiedelungen bereits im Jahr 1844 auf den Zuckerrohr-Plantagen der Karibikinseln Martinique, Barbados und Jamaika

statt. Angeregt durch die positiven Berichte aus Puerto Rico und der erfolgreichen Einbürgerung auf Hawai'i wurden die ersten Kröten im Jahr 1935 in Australien durch Mitarbeiter einer in Cairns ansässigen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt eingeführt, um der damals herrschenden Maikäferplage Herr zu werden.

Die jährliche Bestandszunahme von *B. marinus* wird in Australien auf etwa 25 Prozent geschätzt. Begleitet wird diese rapide Zunahme durch eine explosionsartige Ausdehnung ihres Verbreitungsgebietes. Ausgehend von Queensland wurden Aga-Kröten das erste Mal in New South Wales im Jahre 1978 und im Northern Territory 1984 beobachtet. Die Geschwindigkeit, mit der die Krötenpopulation ihr Verbreitungsgebiet ausdehnt, wird auf etwa 40 Kilometer pro Jahr geschätzt. Die künstliche Einführung der Kröte hat zu massiven Schäden des australischen Ökosystems geführt. Das Verschwinden einer Reihe in Australien endemischer Arten wird in direkten Zusammenhang mit der Ansiedlung der Aga-Kröte gebracht. Hiervon sind nicht nur Amphibienarten betroffen, sondern beispielsweise auch Schlangen und Warane. Sogar der Beutelmarder wird durch die giftigen Drüsensekrete in Mitleidenschaft gezogen. Die Sekrete der Kröte sind auch für den Menschen gefährlich. Es kommt bei direktem Kontakt zu starken Schleimhaut- und Hautreizungen, auch Todesfälle sind inzwischen bekannt. (*Australian Newsletter* 01.04.09, *Spiegel online* 30.03.09, *Wikipedia*, *Heise.de* 25.03.01)

Australienforscher von Aborigines gemalt

Australien: Der deutsche Australienforscher Ludwig Leichhardt ist wahrscheinlich auf einer Höhlenzeichnung von Aborigines „verewigt“ worden. Anfang März entdeckten australische Wissenschaftler die Wandmalerei in einer Höhle des Kakadu-Nationalparks im Bundesstaat Northern Territory. Die farbige

Darstellung auf weichem Sandstein in einer Höhle zeigt einen weißen Mann mit einem großen Haarschopf und ein Pferd mit angelegtem Zaumzeug. Die Wissenschaftler von der Charles-Darwin-Universität in Darwin vermuten, dass es sich bei der Darstellung um den aus Sabrodt/Brandenburg stammenden Zoologen, Botaniker und Geologen Friedrich Wilhelm Ludwig Leichhardt (* 1813) handeln könnte. Er kam 1842 nach Australien und führte dort zwei Expeditionen durch. Bei seiner ersten Expedition, die ihn von Jimbour (bei Brisbane) über 4.800 km in das Northern Territory nach Port Essington (bei Darwin) führte, entdeckte Leichhardt die Ost-Nord-Route durch den Kontinent.

Sein „*Tagebuch einer Landreise in Australien von Moreton-Bay nach Port Essington während der Jahre 1844 und 1845*“ half Abenteurern und Siedlern, das Neuland zu erobern. Leichhardt entdeckte bei der Expedition außerdem Australiens größtes Kohlelager und trug so zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes bei.

1846 scheiterte Leichhardts zweite Expedition, eine geplante Durchquerung des australischen Kontinents von Ost nach West, nach fünf Monaten. So wagte der Forscher einen zweiten Versuch, unterstützt vom Kaufmann John Mackay aus Sydney: Am 5. April 1848 brach Leichhardt mit vier Europäern und zwei Aborigines von der Viehstation McPherson etwa 400 km nordwestlich von Brisbane zu Pferd auf, um eine Landroute nach Perth zu finden. Seither fehlt von den Expeditionsteilnehmern jede verwertbare Spur. Es gilt als wahrscheinlich, dass Leichhardt sich verirrt und in der Wüste verdurstete.

Nachweisbar hatte Leichhardt Kontakt zu den Aborigines im Kakadu-Nationalpark. Im Oktober 1845 war er mit seinen Mitarbeitern in dieser Region unterwegs. Leichhardt organisierte einen kleinen Tauschhandel mit den Aborigines und nutzte deren Ortskenntnisse für seine Weiter-

reise zum Indischen Ozean.

Der „Humboldt Australiens“ wurde in down under geehrt, indem man etliche geographische Merkmale nach ihm benannte. So gibt es u.a. die „Leichhardt Range“ (ein Gebirgszug in Queensland), den Stadtteil Leichhardt in Sydney, den Leichhardt Highway und den Mount Leichhardt (Berg) im Northern Territory. (*Lausitzer Rundschau* 02.04.09, <http://www.adb.online.anu.edu.au/biogs/A020090b.htm>, http://www.nvn-cottbus.de/themen/t_leichhardt.htm)

SPORT

Tahiti Pearl Regatta

Tahiti: Sylvain Delanchy und sein Team sind Sieger der diesjährigen sechsten Auflage der „Tahiti Pearl Regatta“, einem Segelwettbewerb zwischen den Inseln Raiatea, Huahine und Tahaa (den „Inseln unter dem Wind“) in Französisch-Polynesien. Delanchy gewann auf seiner 8,50 m großen Pogo namens „Baroudeur“ (dt. Ausreißer) bei der pazifikweit prestigeträchtigsten Regatta, die in diesem Jahr vom 7. bis zum 10. Mai ausgetragen wurde. Die Regatta wird jährlich vom Yachtclub in Raiatea ausgerichtet und bietet neben den Segel- und Surf Wettbewerben auch ein buntes Rahmenprogramm am Land mit polynesischen Dinner und traditionellen Tänzen. Der Wettbewerb gilt unter Kennern als einer der schönsten Bootswettrennen der Welt wegen des traumhaften Segelkurses vor wahrhaft „pazifisch-kitschiger“ Kulisse.

Mit Delanchys Sieg über seine 26 Konkurrenten hat er sich für die Regatta „Voiles de St. Tropez“ qualifiziert, die in diesem Jahr mit rund 180 Booten vom 27. September bis zum 5. Oktober ausgetragen wird. Delanchy wird dort für Französisch-Polynesien starten. Er ist übrigens Direktor des Hotels „Te Tiare Beach Resort“ auf der Insel Huahine. (*Tahitipresse*

11.05.09,
(<http://www.sailingnetworks.com/events/details/7853>,
<http://www.touristikpresse.net/news/13787/Segeln-am-anderen-Ende-der-Welt-Die-Tahiti-Pearl-Regatta.html>, Werbefilm auf
<http://www.youtube.com/watch?v=uSCF-M6WzvQ>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Weniger Schafe

Neuseeland: In Neuseeland gibt es mehr Schafe als Menschen! Dieser alte Witz gilt zwar immer noch, doch verzeichnete das seriöse Statistikamt „Statistics New Zealand“ von Neuseeland für das Jahr 2008 einen 12-prozentigen Rückgang der Schafpopulation auf der Nord- und Südinself des Staates. Im Vergleich zu 2007 leben derzeit noch 34 Millionen Schafe in Neuseeland, eine geringe Zahl im Vergleich zum Jahr 1982, in dem 70 (!) Millionen Schafe gezählt wurden. Auch die Zahl der Rinder ging um 6 % zurück. So weiteten im Jahr 2008 4,1 Millionen Rinder in dem Staat mit seinen rund 4,2 Millionen menschlichen Bewohnern.

Neuseeland gehört weltweit zu den größten Exporteuren von Milchprodukten. (*CIA World Factbook*, <http://www.stats.govt.nz>)

„Bula Fiji“ in New York

Fidschi: Erstmals wird ein pazifischer Modedesigner seine aktuelle Kollektion auf der bekannten „New York Fashion Week“ im Herbst des Jahres präsentieren. Hupfeld Hoerder, Sohn eines Europäers und einer Frau von der fidschianischen Insel Rotuma, wurde jetzt international bekannt als Modedesigner durch zwei erste Preise in den Kategorien „Kultur“ und „Umweltschutz“ auf der World Fashion Week auf den Bahamas im November letzten Jahres. Dort konnte der Fidschianer mit seinen Kleidern aus Tapa, Kokosnussschalen und Kaurimuscheln die Veranstalter der

New Yorker Herbst-Modenschau überzeugen, die ihn als ersten und einzigen Vertreter des Pazifiks einluden. Hoerders Mode-Label „Bula Fiji“ verbindet traditionelle Elemente fidschianischer Kleidung wie Tapamatten mit moderner „westlicher“ Kleidung. Im Pazifik ist Hoerder längst ein bekannter Modedesigner, der stets auf seinen ungewöhnlichen Namen angesprochen wird. Tatsächlich ist der 37-jährige Hoerder der Urenkel eines deutschen Kaufmanns namens Hörder, der in Levuka auf einer Handelsstation stationiert war. Nachbar der Familie war die ebenfalls deutsche Familie mit dem Nachnamen Hupfeld. Hoerders Eltern benannten ihren Sohn nach dieser Familie.

Hupfeld Hoerder wurde mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt, darunter mit dem „Fiji Development Bank Awards“ und dem „Wella Fashion Designer Award“. Er war zudem in dem preisgekrönten fidschianischen Film „The Land has Eyes“ von Vilsoni Hereniki zuständig für Make-up und Kostüme. (*Islands Business* Februar 2009, http://www.rotuma.net/os/artists/hupfeld_hoerder/hupfeld_hoerder.htm)

Keine Schokokekse für Stadträte

Australien: Als sich der konservative Stadtrat von Sydney, Shayne Mallard, bei einer Ratssitzung über das Fehlen von Schokokeksriegeln der Marke „Tim Tam“ beklagte, erfuhr er nebenbei die neue Einkaufspolitik der Stadt Sydney für die Verköstigung bei offiziellen politischen Anlässen. So sind die bei Australiern äußerst beliebten Tim Tams von der Speisekarte gestrichen worden, weil der darin enthaltene Kakao von der afrikanischen Elfenbeinküste kommt, wo Kinderarbeit auf den Kakaopflanzungen nicht ausgeschlossen werden kann. Als politisch nicht korrekt gelten ab sofort auch Grillfleisch und Eier. Gemüse muss frisch aus der Region kommen, Fisch muss sorgfältig ausgewählt wer-

den, damit keine von Überfischung bedrohten Arten beim Staatsbankett serviert werden.

Mallard mokierte sich über die neue Einkaufspolitik und sagte, hier sei die „political correctness“ wirklich aus dem Ruder gelaufen. (<http://www.shaynemallard.com/>, AFP 26.03.09)

Schindlers Liste gefunden

Australien: Die Historikerin Owen Pryke hat Anfang April einen Originaldurchschlag der berühmten Liste des sudetendeutschen Industriellen Oskar Schindler (1908 – 1974) in der „New South Wales Library“ in Sydney gefunden. Die 13 Seiten des vergilbten und dünnen Papiers fanden sich zusammengequetscht zwischen handschriftlichen Aufzeichnungen des Autors Thomas Keneally und deutschsprachigen Zeitungsausschnitten. Schindler hatte die Liste mit 801 jüdischen Namen am 18. April 1945 kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges verfasst. Mit Hilfe der an die Nazis übergebenen so genannten „Schindlers Liste“ wurden die jüdischen Arbeiter in den polnischen Fabriken von Oskar Schindler als besonders kriegswichtig eingestuft, sie entgingen damit der Deportation in die Konzentrationslager der Nationalsozialisten. Insgesamt rettete Schindler mit Hilfe von Bestechungen und Gefälligkeiten gegenüber hochrangigen Nationalsozialisten 1.200 Juden das Leben. Dafür erhielt er am 8. Mai 1945 von überlebenden Juden einen aus reinem Zahngold gefertigten Ring mit dem Talmud-Spruch *„Wer auch nur ein einziges Leben rettet, rettet die ganze Welt“*. Der Staat Israel verlieh ihm die besondere Ehrung „Gerechter unter den Völkern“.

Dem australischen Schriftsteller Thomas Keneally war die Namensliste vor über 30 Jahren von dem Juden Leopold Pfefferberg in Los Angeles übergeben worden. Pfefferberg, Jude Nummer 173 auf Schindlers Liste, überredete den Autor, ein Buch über die Geschichte Oskar Schindlers zu

schreiben. Der Tatsachenroman „Schindler's Ark“ erschien 1982 in englischer Sprache. 1993 verfilmte der amerikanische Regisseur Steven Spielberg das Buch, der Film „Schindlers Liste“ wurde 1994 mit sieben Oscars ausgezeichnet. Er spielte 60 Millionen US-Dollar ein, die Spielberg zur Gründung der „Shoah Foundation“ verwandte, deren Zweck es ist, Interviews mit Zeitzeugen zu führen und zu filmen, damit diese der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. 1998 erhielt Spielberg für diesen Film aus den Händen des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. (BBC News 06.04.09, Wikipedia, <http://www.judentum-projekt.de/geschichte/nsverfolgung/rettung/schindler2.html>)

Brite gewinnt den „besten Job der Welt“

Australien: Der 34-jährige Brite Ben Southall ist Sieger des von „Tourism Queensland“ ausgelobten Wettbewerbs um den sechsmonatigen Job als „Insel-Ranger“ auf Hamilton Island, einer Insel der Whitsundays vor der Küste des australischen Bundesstaates Queensland. Auf dem vom Tourismusbüro ausgeschriebenen und von den Medien weltweit als „besten Job der Welt“ hochgejubelten Hausmeister-Einsatz hatten sich rund um den Globus 35.000 Menschen beworben. Zur Endausscheidung waren die letzten 16 Bewerber vom 3. bis zum 6. Mai nach Hamilton eingeladen vor, um vor Ort ihre Fähigkeiten im Schwimmen, Schnorcheln und „bloggen“ zu beweisen. Zu den Finalisten gehörte auch die 28-jährige deutsche Schauspielerinnen Mirjam Novak aus Neunkirchen am Brand (bei Forchheim). Zwei weitere Bewerber aus Europa hatten sich für das Finale qualifiziert: die 25-jährige Magali Heuberger aus Amsterdam (Niederlande) und der 23-jährige Ben Henry aus Lyon (Frankreich).

Gewinner Ben Southall, Spendenwerber bei einer Wohltätigkeitsorganisation aus Petersfield (Hampshire), wird nun von Juli an für sechs Monate ein luxuriöses Dreizimmer-Appartement auf der Insel bewohnen. Zu seinen Aufgaben gehören die Pool- und Gartenpflege sowie tägliche Segeltrips und Schnorchelgänge, um das Leben im Great Barrier Reef zu dokumentieren. Southalls Erlebnisse soll er in einem täglichen Internettagebuch („Blog“) der weltweiten Internetgemeinde präsentieren. Für den auf sechs Monate befristeten Job erhält Southall ein Gehalt von 150.000 AUS-Dollar (ca. 85.000 €).

Die Tourismusbehörde erhofft sich von der Aktion einen Tourismusaufschwung, nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der Touristen in Queensland aufgrund der weltweiten Rezession stark zurückgegangen war.

Tourism Queensland hatte die Suche nach einem geeigneten „Insel-Hausmeister“ vom 11. Januar bis 23. Februar 2009 auf einer eigenen Internetseite publik gemacht, Bewerber mussten ein einminütiges Video auf dieser Seite einstellen. Gegen Ende der Aktion waren 35.000 Bewerber-Videos online gestellt worden, obwohl ursprünglich mit maximal 30.000 Bewerbern gerechnet worden war und der Server wegen des unerwarteten Andrangs häufig zusammenbrach. Nach eigenen Angaben war der Tourismusverband von dem überwältigenden Medienecho auf seine Aktion „total überrascht“. (<http://www.islandreefjob.com>, <http://www.tq.com.au/>, BBC News 07.05.09)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

Weltgebetstag aus PNG

Dieses Jahr stand Papua-Neuguinea im Zentrum des Weltgebetstages der Frauen am 6. März. Die Liturgie wurde von Frauen verschiedener Konfessionen entwickelt und stand unter dem Motto: „Viele sind wir – doch eins in Christus“. Zur zentralen Veranstaltung in Kundiawa (Chimbu-Provinz) waren neben den gut 5.000 einheimischen Teilnehmerinnen auch einige Gäste aus Australien, Amerika und Deutschland angereist. Die Präsidentin der Synode der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Frau Dr. Dorothea Deneke-Stoll, überbrachte die Grüße der Partnerkirche und Pfarrerin Ingrid Braun aus Oettingen hielt die Festpredigt. (*Wantok Nr. 1805*)

Kirchliche Einrichtungen sind besser

Dr. Alphonse Gelu, der Leiter für politische Studien des „National Research Institute“, betonte bei der Vorstellung der neuesten Studie des Instituts, dass kirchliche Einrichtungen im landesweiten Vergleich deutlich besser abschnitten als die staatlichen. Dies gelte insbesondere für Schulen, Krankenhäuser und Gesundheitsstationen. (*The National 06.03.09*)

YWCA stärkt die Rechte von Frauen

Der „Christliche Verein Junger Frauen“ (YWCA) organisierte im März zahlreiche Aufklärungsveranstaltungen in verschiedenen Schulen in Port Moresby, um Frauen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken. Insbesondere sollten sich Frauen keine gewalttätigen oder sexuellen

Übergriffe gefallen lassen, weder zu Hause noch in der Schule oder am Arbeitsplatz. Der YWCA betreibt im Land mehrere Beratungsstellen für betroffene Frauen. (*The National 10.03.09*)

Stadtmission Lae bittet um Hilfe

Um sich verstärkt gestrandeter Jugendlicher annehmen zu können, hat die Stadtmission Lae Unterkünfte für bis zu 50 junge Männer mit den dazugehörigen Dusch- und Sanitäreinrichtungen gebaut. Direktor Larry George betonte, diese Einrichtung sei für viele Jugendliche die letzte Hoffnung, bevor sie aufgrund von Arbeits- und Perspektivlosigkeit in kriminelle Jugendbanden abdriften. Er forderte Geschäftsleute und die Regierung auf, die Arbeit der Stadtmission zu unterstützen und den Jugendlichen dabei zu helfen, ihre Schulausbildung abzuschließen und ihnen Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen. (*The National 27.02.09*)

AUS DER ELC-PNG

† Sam Zurenuoc

Im Alter von 80 Jahren verstarb Anfang Februar einer der letzten „großen Evangelisten“ der ELC-PNG. Sam Zurenuoc wurde in Suquang bei Finschhafen geboren und zog schon als Kind mit seinem Vater ins Markhamtal und ins Hochland, wo dieser als einheimischer Evangelist und Missionar wirkte. Sam ging in Rintebe zur Schule und wurde später selber Dorfschullehrer und Missionar. In der ELC-PNG war er Mitglied und Vorsitzender in zahlreichen Ausschüssen und Gremien. Er hinterlässt sieben Kinder sowie zahlreiche Enkel und Urenkel. (*Wantok Nr. 1802*)

† Lady Miaru Amet

Am 30. April 2009 verstarb Lady Miaru Amet im Alter von 56 Jahren an den Folgen von Herzproblemen, die sie bereits längere Zeit belasteten. Lady Miaru Amet war die Frau von Sir Arnold Amet, dem früheren Obersten Richter PNGs und Gouverneur der Madang Provinz. Lady Miaru arbeitete sehr aktiv ehrenamtlich in der ELC-PNG mit. Sie hinterlässt neben ihrem Mann noch sechs Kinder und 12 Enkelkinder. (*The National 03.03. und 05.03.09*)

Yagaum-Krankenhaus überfordert

Seit das Modilon Krankenhaus letzten September seine Entbindungsstation wegen Renovierungsarbeiten geschlossen hat, stieg die Zahl der Entbindungen im kirchlichen Krankenhaus Yagaum auf durchschnittlich fünf pro Tag an. Dafür reichen die beiden Entbindungsbetten bei weitem nicht aus, so dass junge Mütter schon auf dem blanken Fußboden ihre Kinder zur Welt bringen mussten. Hinzu kommt eine akute Personalknappheit. Es gibt weder einen Arzt, noch genügend Reinigungskräfte. Die Hauptlast liegt auf dem Pflegepersonal, das gelegentlich von Studenten der Lutheran School of Nursing oder vom College of Allied Health Sciences unterstützt wird. (*The National 02.03.09*)

50 Jahre St. Paul's

Eine der ältesten lutherischen Gemeinden in Lae, St. Paul, feierte Ende März ihr 50-jähriges Jubiläum. Rechtzeitig zum Jubiläum ist die Kirche renoviert worden und erstrahlt in neuem Glanz. (*Ampo Today, Vol. 1, Issue 3 vom 17.03.09*)

AUS DER KATH. KIRCHE

Neuer Bischof im Chimbu

Bischof Anton Bal wurde in Kundawa zum neuen Bischof der Chimbu-Diözese geweiht. Er tritt die Nachfolge von Bischof Henk de Maarssen an, der in den Ruhestand geht. (*Wantok Nr. 1806*)

Nationales Aids-Büro eingeweiht

Anfang März eröffnete die kath. Kirche in Port Moresby ihr neues nationales Zentrum, um die HIV/Aids-Arbeit künftig landesweit besser koordinieren zu können. Neben den Büros können in einer eigenen Abteilung auch Tests durchgeführt und Beratungsgespräche angeboten werden. Die Einweihung des 1,8 Mio. Kina (490.000 Euro) teuren Komplexes wurde durch Bischof Steve Reichert vorgenommen.

Der erste HIV-Aids-Fall wurde 1987 in PNG entdeckt. „Damals haben wir die Augen vor dem Problem verschlossen und dachten, das würde uns nicht treffen“, betonte Reichert in seiner Predigt. Nicht zuletzt katholische Schwestern hätten das Schweigen gebrochen und dazu beigetragen, Aufklärungskampagnen durchzuführen und massiv gegen die Ausbreitung der Krankheit zu kämpfen. (*Wantok Nr 1806*)

Streitigkeiten um Fatima-Land

Traditionelle Landbesitzer fordern von der Katholischen Kirche in der Western Highlands Provinz 12 Mio. Kina (3.250.000 Euro) Kompensation für ein 645 Hektar großes Stück Land, das weithin als „Fatima“-Land bekannt ist. Angeblich befindet sich die Kirche illegal auf dem Gelände. Erzbischof Douglas Young wies alle Vorwürfe als völlig unsinnig zurück. Die Kirche besitze alle legalen Nachweise, dass sie seit über 50 Jahren rechtmäßige Eigentü-

merin des Landes sei, andernfalls hätte man dort über die letzten Jahrzehnte nicht Millionen investiert. Das ursprünglich sumpfige Gebiet wurde weitgehend trockengelegt, um verschiedene Schulen, ein Behindertenzentrum und eine Plantage aufbauen zu können. (*The National 26.02.09*)

Kirchlicher Nachwuchs

Die Katholische Kirche in PNG kann einen erfreulichen Nachwuchs in ihrer Priesterschaft und bei verschiedenen Orden verzeichnen. In Mendi, Südliches Hochland, wurde Pater Paul Paulo, 38, zum Priester geweiht. Er gehört den Kappuziner-Mönchen an. Pater Paul Miugle Bina legte sein Gelübde als neues Mitglied von Divine Word (SVD) ab. In der Chimbu-Provinz trat Theresa Waine als erste Frau der Provinz dem Maristenorden bei. (*Wantok Nr. 1800*)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Kirche wird umgesetzt

United Church: Die Ela United Church im Stadtzentrum Port Moresbys muss einem größeren modernen Kirchengebäude weichen. Sie war Ende des 19. Jahrhunderts von der London Missionary Society gebaut worden und zählt bis heute zu den Wahrzeichen der Stadt. Die historische Kirche soll in Metoreia bei Hanuabada, einem Vorort von Port Moresby, wieder originalgetreu aufgebaut werden. (*The National 10.03.09*)

AOGs in der Schuldenfalle

AOG: Die Kirche der Assemblies of God (AOG) hat Schwierigkeiten, ein Darlehen über sechs Mio. Kina zurückzubezahlen. Die Bank hat angedroht, die „Jubilee University“ in Port Moresby und das „Okari House“ in Lae zu verkaufen, sollte die Kirche ihren Ver-

pflichtungen nicht nachkommen. Nun wurden die Kirchenmitglieder zu Sonderspenden aufgefordert, um die Kirche vor dem finanziellen Kollaps zu bewahren. (*The National 11.03.09*)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Sister Lorraine Garasu geehrt

Bougainville: Das US-Außenministerium hat Sister Lorraine Garasu aus Bougainville mit dem „International Women of Courage Award“ ausgezeichnet, der von der US-Botschafterin in PNG, Leslie Rowe, überreicht wurde. Die Auszeichnung wird weltweit an Frauen vergeben, die sich in besonderer Weise für Menschenrechte und friedliche Veränderungen einsetzen. Sister Lorraine vom katholischen Orden der Nazarenerinnen („Sisters of Nazareth“) gründete das „Nazareth Centre for Rehabilitation“ auf Bougainville und hat sich über viele Jahre hinweg äußerst verdient um den Friedensprozess auf der krisengeschüttelten Insel gemacht. (*New Dawn on Bougainville, 15.03.09*)

Kirchen investieren in Bildung

Kiribati: Die katholische Kirche eröffnete in Kiribati ihre landesweit siebte Mittelschule in Bikenibeu, Süd-Tarawa. Neben der katholischen Kirche sind auch die protestantischen Kirchen Träger von mehreren Mittel- und Oberschulen. Insgesamt spielen damit die Kirchen eine zentrale Rolle im Bildungssystem des Inselstaates. (*The Marshall Islands Journal, 20.02.09*)

Kirchen im Kampf gegen TB

Kiribati: Gesundheitsminister Dr. Keen Reune hat die Kirchen dazu aufgerufen, eng mit dem Gesundheitsministerium von Kiribati

zusammenzuarbeiten, um Tuberkulose (TB) zu bekämpfen. Über die Kirchen könnten die Menschen zuverlässiger und schneller erreicht werden als über staatliche Kommunikationswege. Die Kirchen reagierten sehr positiv auf den Vorstoß des Ministers: „Es ist Gottes Wille, dass wir das Leben seiner Menschen schützen“, sagte ein hochrangiger Kirchenvertreter. Man werde eine gemeinsame Strategie erarbeiten, um die höchste TB-Rate in der Region zu senken. (*The Marshall Islands Journal*, 20.03.09)

Neue Bibelübersetzung

Marshallinseln: Die Bewohner der Marshallinseln können sich seit kurzem über eine vollständige Übersetzung der Bibel in ihre Muttersprache freuen. 14 Jahre lang hatten David Utter und Eric Fisher an der Vervollständigung und Neugestaltung der Bibelübersetzung gearbeitet. So wurde das Alte Testament aus dem hebräischen Urtext komplett neu übersetzt, die Rechtschreibung wurde modernisiert und der offiziellen Schreibweise angepasst, zahlreiche Querverweise wurden übersichtlicher gestaltet, so dass die Ausgabe auch für ein intensives Bibelstudium genutzt werden kann. (*The Marshall Islands Journal*, 13.03.09)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald • Tahitipresse • The Lutheran
• Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE



Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120